

45-1242-1
Schr. an Dr. Krausnick v. 15. 10.
u. 18. 10. 54 betr. Kampf gg. Se-
paratisten i. d. Pfalz, Überwa-
chung d. Pappenkreises, Röh-
mputsch, GG v. Fritsch, Dr. Otto
John u. s.

Bl. 1 - 8

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-1842-Z

20777

Herrn Witzing & Brückner Professor

Otto Betz, Major a.D.
Neckargemünd.

Institut für Zeitgeschichte
ARCHIV

Akz. 3490/65 Besl. 25 1842

Rep. Herr Dr. H. Krausnick, Kat.

Institut für Zeitgeschichte

Dat. am 20. Okt. 1954

Fgb.-Nr.

1a

An das
Institut für Zeitgeschichte
München

Sehr geehrter Herr Dr. Krausnick !

Auf Ihr freundliches Schreiben vom 11. ds. will ich Ihnen in Anerkennung an Ihre im Jahre 1953 gemachten Notizen, die im allgemeinen richtig sind, dieselben soweit erforderlich nach eingehender Überprüfung berichtigen :

Anfang 1919 wurde mit dem Sitz zunächst in Mannheim, durch Professor Dr. August Ritter von Eberlein -- vor dem Kriege 14/18 Tüchterschuldirektor in Pirmasens -- auf Anweisung des Bayer. Ministerpräsidenten Hoffmann (SPD) eine Abwehrstelle kleinen Umfangs eingerichtet mit der Aufgabe, die von der französ. Besatzung und landesverräterische Separatisten angestrebte Loslösung der Bayer. Pfalz von Bayern bzw. dem Deutschen Reiche mit allen Kräften und Mitteln zu bekämpfen. Erster Mitarbeiter war der aus Zweibrücken ausgewiesene Kriminalkommissar Franz Bauer; (vermutlich verstorben). Die Abwehrstelle mußte noch im Jahre 1919 und späterhin stark vergrößert werden. Sie machte im Laufe der Jahre folgende Wandlungen mit:

- 1.) Zunächst hieß sie "Pfalzzentrale" ; Sitz in Mannheim, Hotel National; dann in der Augusta- Anlage im Hause der Rhein- Elektra. Von hier zog sie um nach Heidelberg- Kohlhof, dann Hotel Perkeo und Frühjahr 1921 nach Heidelberg, Klingenteichstraße 3. Nach dem Umzug in die Klingenteichstr. firmierte die Abwehrstelle
 - 2.) Haupthilfsstelle für die Pfalz. In dem gleichen Gebäude war auch die Haupthilfsstelle f.d. besetzten Preußischen Gebiete untergebracht, Leiter Regierungsrat Dr. Landfried, später Preuß. Staatssekretär, Ende 1953 verstorben. Eine weitere Abwehrstelle : Haupthilfsstelle für die besetzten Hessischen Gebiete wurde von dem Handelskapitän a.D. (Norddeutscher Lloyd) Wilhelm Schneider geleitet; dieser wurde nach dem 9. Mai 1945 von den Franzosen hingerichtet. Etwa Juli 1921 mußten infolge Diktates der HCITR (Haute Commission Interalliée des Territoires Rhénanes) in Koblenz ~~mit~~ die 3 Haupthilfsstellen aufgelöst werden. Sie wurden getarnt weitergeführt. Die Pfalz-Bay. Abwehrstelle, interimistisch geleitet von Otto Betz in Heidelberg, Schillerstr. 41 unter dem Namen : Heidelberger Wohlfahrtsstelle, die preußische in Frankfurt a.M. beim Polizeipräsidium, später in Marburg/Lahn, die hessische, wie bisher schon in Bensheim Bergstraße.
- Die pfälz.-bay. Stelle siedelte im Frühjahr 1922 nach Mannheim C 2/ 16 über und nahm den Tarnnamen an : August Müller Nachfolger. Mit dem Ausbruch des Rhein- Ruhrkampfes wurde diese Stelle wieder nach Heidelberg, Klingenteichstr.3 zurückverlegt; sie firmierte wieder : Haupthilfsstelle Heidelberg für die Pfalz.

Bei ihr wurde die Aktion gegen den separatistischen Regierungspräsidenten Josef Heinz aus Orbis (bei Kirchheimbolanden) genannt Heinz-Orbis, durchgeführt. Dieselbe erfolgte auf geheime Anordnung der Bayer. Staatsregierung München im Benehmen mit der Reichsregierung unter Stresemann, als im Oktober / November 1923 der da-

malige englische Hohe Kommissar für die englisch besetzten Gebiete links des Rheines, Lord Kilmarnock, Koblenz der Deutschen Reichsregierung die vertrauliche Mitteilung zugehen ließ: "Die Hohen Kommissare für die besetzten linksrheinischen Gebiete mit dem Sitz in Koblenz, wären gezwungen die von dem illegalen Regierungspräsidenten der Pfalz, Heinz-Orbis, Speyer, herausgegebenen Anordnungen und Befehle zukünftig als bindend in die "Ordonanzen" der HOCHR, Koblenz aufzunehmen-- womit Heinz-Orbis de jure und de facto anerkannt worden wäre -- falls Heinz-Orbis im Januar-Febr. 1924 noch im Amte wäre. Diese geheime Mitteilung des Engländers war unmißverständlich: Heinz-Orbis wurde in der Nacht vom 8./9. Jan. 1924 im Wittelsbacher Hof zu Speyer erschossen. Mit der Durchführung dieser Aktion war von der Abwehrstelle Heidelberg der aus Zweibrücken ausgewiesene Rechtsanwalt Dr. Edgar Jung (30. Juni 1934) von Hitler-Himmler-Heydrich ermordet) betraut worden; auf deutscher Seite fielen dabei der Finanzbeamte Wiesmann aus Speyer und der Student Hellinger aus München; Dr. Jung erhielt einen Steckschuß in den Hals.

An allen Aktionen gegen die landesverräterischen separatistischen Bestrebungen in der Pfalz nahm Betz führend teil. Nächster Vorgesetzter von ihm war Ritter v. Eberlein, außerdem der Staatskommissar f. d. Pfalz: Geheimrat Dr. Lorenz Wappes im Bayer. Staatsministerium des Außern, München, Promenadeplatz. Im Staatskommissariat waren weiterhin tätig: Bezirksamtman Walter Antz, ausgewiesen aus Zweibrücken, später Polizeipräsident in Ludwigshafen/Rh. späterhin Regierungsvizepräsident bei der Regierung in Ansbach, seit etwa 1 - 2 Jahren a. D. Ansbach, Welslerstraße wohnend. Bezirksamtman Hausmann, später Bürgermeister von Nördlingen, dann als Major der Res. im Feld, später unter dem 1. Bürgermeister von Straßburg, Dr. Ernst, 2. Bürgermeister von Straßburg, nach 1945 in einem französischen Internierungslager verstorben. Hauptmann a. D. Ruland, sowie Oberstleutnant von Olhafen; Adresse von beiden unbekannt.

Dr. Werner Best (der sog. Boxheimer Dokumenten - Best) von Darmstadt, ein intimer Freund vom oben erwähnten Leiter der hessischen Abwehrstelle Wilhelm Schneider-Bensheim, welcher durch Schneider über meine Abwehrtätigkeit in der Pfalz unterrichtet worden war, empfahl mich 1934 dem Gestapoleiter Heydrich als Abwehrmann für das Saargebiet, nachdem Heydrich 1. Mai 1934 Nachfolger des Oberregierungsrates Diels im Geheimen Preuß. Staatspolizeiamt Berlin geworden war. Heydrich ließ mich Frühjahr 1934 nach München kommen, bot mir die Referentenstelle für das damals international verwaltete Saargebiet mit der Auflage an, als sein (Heydrichs) Vertrauensmann der mit dem Vizekanzler und Saarbevollmächtigten von Papen aufs engste zusammenzuarbeiten hätte, folgende Personen und deren Tätigkeit zu überwachen: von Papen, Oberreg. Rat v. Bose, Dr. Edgar Jung, sämtliche Mitarbeiter von Papen einschließlich der Katholischen Aktion. Dabei kam Heydrich auf den Einflußkreis Papens ("Germania") zu sprechen. Bei dieser Gelegenheit äußerte sich Heydrich mir gegenüber: " Die SS muß unsere Wehrmacht werden; die Reichswehroffiziere seien in der Hauptsache reaktionär. Ich sollte mich zum Abruf nach Berlin bereit halten, mein Büro wäre in der Prinz-Albrechtstraße 8 und ich sollte alles, was ich bei der Überwachung über die genannten Personen erfahre, Heydrich auf direktem Wege mitteilen. " Ich nahm den Auftrag an, um das Weitere abzuwarten und um ein klares Bild über die von beiden Seiten beteiligten Personen zu gewinnen, wobei ich bestrebt sein wollte, ganz unparteilich zu urteilen. Am 4. Mai 1934 traf ich in Berlin ein, übernahm mein Büro in der Prinz-Albrechtstraße 8 mit 2 großen Räumen. Außer mir als Referatsleiter waren beschäftigt: 4 männliche und 2 weibliche Personen und zwar: 3 Polizeiinspektoren Förster, Vopel und Kade; der Namen des 4. männl. Beamten ist mir

nicht mehr erinnerlich; Fräulein Jette und Frl. Becker als Stenotypistinnen. Gleich in den ersten Maitagen 34 sprach ich in der Vizekanzler-Kanzlei, Voßstraße Berlin beim Adjutanten, Oberregierungsrat von Bose vor, wurde hier wenig freundlich aufgenommen, da man von mir anscheinend -- als von Heydrich empfohlen und in der Prinz-Albrechtstraße arbeitend -- nichts Gutes erwartete. Da mir jedoch der Privatsekretär des v. Papen, Dr. Edgar Jung, aus unserer gemeinsamen Abwehrtätigkeit gegen Heinz-Orbis gut bekannt war, konnte ich in kürzester Frist das mir gezeigte anfängliche Mißtrauen überwinden. Mir war außerdem -- obwohl Protestant -- der mir von Heydrich erteilte Auftrag zur Überwachung Papens und seiner Mitarbeiter äußerst unsympathisch. Mit Herrn v. Bose hatte ich hauptsächlich zu tun; ich erkannte ihn bald als aufrichtigen, ehrlichen Mann; zwischen ihm und mir bahnten sich sehr bald freundschaftliche Beziehungen an, besonders von dem Zeitpunkt ab, als ich feststellte, daß man in der Prinz-Albrechtstraße meine Telefongespräche mit Büro Papen und dem Reichswehrministerium überwachte. Von dieser Tatsache machte ich Herrn v. Bose sofort Mitteilung und riet zu äußerster Vorsicht. Die Beziehungen zum Reichswehrministerium, Tirpitzufer konnte ich auf Grund meiner Bekanntschaft mit dem Major im Generalstab Grimmeiß (Abwehrabteilung), den ich in München durch meine Abwehrtätigkeit in der Bayer. Pfalz kennen gelernt hatte und welcher von München nach Berlin versetzt worden war, aufnehmen. Zu ihm trat ich sehr bald in ein besonderes Vertrauensverhältnis; ich erfuhr von ihm, daß man auf Veranlassung von Heydrich in verschiedene Fernsprechapparate des Reichswehrministeriums Vorrichtungen (Mikrofon usw.) angebracht hatte, um die Gespräche von der Prinz-Albrechtstraße abhören zu können; Grimmeiß veranlaßte mich daher mit ihm keine Ferngespräche zu führen, sondern erforderlichen Falles ihn persönlich in seinem Amte aufzusuchen. Der damalige Postminister Ohnesorge soll Heydrich die Abhörmöglichkeit vermittelt haben. Mein sehr bald erwachtes Mißtrauen gegen Heydrich, Himmler und Hitler schlug am 30. Juni 1934 in grenzenlosen Haß um, als ich in den genannten Diktatoren nichts anderes als gemeine, zu allen Untaten fähige Massenmörder erblicken mußte. Auch im Reichsjustizministerium, Gürtner, den ich persönlich in Heidelberg kennen gelernt hatte, sah ich mich außerordentlich enttäuscht, als er am 1. Juli 1934 durch eines der je erlassenen kürzesten Gesetze: "Die Taten vom 30. Juni 1934 sind rechtmäßig" die vielfachen Morde gebilligt hatte. Von da ab war mir der Weg als Widerstandskämpfer gegen die Hitlerdiktatur vorgezeichnet. Hierzu war es aber erforderlich, daß ich in meiner Stellung bis zum Schlusse ausharrte, nämlich bis zur Saarabstimmung und der darauf folgenden Abwicklung meiner Dienststelle. Die Verbindung mit Major i.G. Grimmeiß hielt ich von jetzt ab verstärkt aufrecht und betrachtete aufmerksam und kritisch alles, was im Geheim. Staatspolizeiamt vorging. Auch mit v. Papen hielt ich die Verbindung aufrecht; denselben war ich schon vor dem 30. Juni 1934 durch von Bose vorgestellt worden; nach dem sog. "Röhm-Putsch" wurde die Vizekanzler-Kanzlei, in der Herr v. Bose durch die Schergen Heydrichs ermordet worden war, auf Veranlassung Heydrichs geschlossen, weil man in der Eile die Blutlachen im Arbeitszimmer des Herrn v. Bose hatte eintrocknen lassen, sodaß sie nicht restlos entfernt werden konnten. v. Papen wurde an die Luft gesetzt und fand im Dachgeschoß (Mansarden mit schiefen Wänden) eines größeren Privatmiethauses in der Potsdamerstraße eine mehr als primitive Unterkunft. Hier lernte ich sämtliche Mitarbeiter v. Papens persönlich kennen, darunter Graf Kagenegg, Frh. v. Ketteler, v. Tschirschky u.a.m., deren Namen mir nicht mehr ärmerlich sind.

Als später Papen Gesandter in Wien wurde, hatte er in Berlin am Tiergarten, Lennéstraße, noch ein Büro, in welchem Graf Kagenegg arbeitete, welchen ich hier häufig aufsuchte. Außer Papen kam in die Lennéstraße auch ab und zu Frh. v. Ketteler, der mit v. Tschirschky in der Wiener Gesandtschaft tätig war. Über den Herrn v. Tschirschky ist mir folgendes in Erinnerung: v. Tschirschky lernte ich kurz in Papens Notbüro in den Mansardenräumen in der Potsdamerstraße kennen; er war von Heydrich verhaftet gewesen und gerade entlassen; man hatte ihm in der Haft das Kopfhaar kurz geschoren. Mit seinem Kameraden Frh. v. Ketteler zusammen an die Gesandtschaft nach Wien versetzt, bekam ich eines Tages plötzlich auf meinem Büro, Prinz Albrechtstraße 8 durch einen älteren Herrn aus Wien Besuch; derselbe nannte sich: Hartmann, Harteneck, Hartmuth oder ähnlich und bezog sich auf Tschirschky, von welchem er mir Grüße aus Wien ausrichtete. Tschirschky ließ mir durch den genannten Herrn H. folgendes vorlegen: Tsch. sei von Heydrich-Berlin zur Einvernehmung nach Berlin, Prinz-Albrechtstraße 8 auf die Gestapa befohlen worden; Grund: Verfehlungen des v. Tsch. § 175. v. Tsch. ^{waren} versichere jedoch eidesstattlich, daß derartige Vorwürfe absurd und er glücklicher Familienvater sei. Er glaube, daß ihn Heydrich nur nach Berlin locken wolle und er bat mich dringend, ihm zu raten, ob er der Aufforderung nach Berlin zu kommen, Folge leisten solle, ohne dabei Gefahr zu laufen. Da ich Herrn v. Tsch. nicht zuraten konnte und wollte und keinerlei Gewißheit über das Tsch. bevorstehende Schicksal in Berlin hatte, riet ich Tsch. zu größter Vorsicht; er soll hierauf nach England gekommen sein, wo er durch Vermittlung Papens ein lukrative Vertretung bekommen haben soll. v. Tsch. ist heute im Auswärtigen Amt in Bonn in der Protokoll-Abteilung.

gen

Von meinem Büro in Berlin aus stand ich mit dem Saargebiet über eine Außenstelle in Trier in Verbindung; ab und zu fuhr ich selbst per Bahn über Trier ins Saargebiet. Die Außenstelle Trier befand sich im Gebäude des Regierungspräsidiums Trier, sie wurde von Staatsanwaltschaftsrat Welsch geleitet, der damals als guter Katholik sehr gegen den Nationalsozialismus eingestellt war, weshalb ich mich ihm -- als ich dessen Einstellung erkannt hatte -- ebenfalls als Gegner des Systems offenbarte. Leider lief Welsch, nachdem durch den günstigen Ausfall der Wahl im Saargebiet vom 13.1.35 seine Stelle in Trier unnötig geworden war, unter dem inzwischen zum Saarbevollmächtigten ernannten Gauleiter Bürkel, mit fliegenden Fahnen zum Nationalsozialismus über --- (siehe Otto John-Debatte in Bonn, die Äußerung des FDP-Maier: transfuga -- der Überläufer, nicht der Übergänger ----;) belohnt wurde Welsch, ^{damit} er verschiedene Treppen hinauffiel und Gauleiter Bürkel ihn zum Generalstaatsanwalt für die Pfalz machte. Welsch soll dem früheren französ. Außenminister Robert Schuman (zusammen mit Gauleiter Bürkel?) zur Flucht aus dem deutschen Internierung verholfen haben; daher der plötzliche Tod Bürkels 1944! ? als dies bekannt wurde. Welsch trat nach der Kapitulation 1945 mit dem Saarseparatisten Johannes Hofmann (Joho) in Verbindung und ist heute in der separatistischen saarländischen Regierung als hoher Beamter tätig. (Siehe Anlage)

Weise

Angelegenheit Generaloberst Frh. v. Fritsch: Wie oben erwähnt, beschäftigte ich in meinem Referat ein Fräulein Becker als Sekretärin, etwa 20 Jahre alt. Als mit dem Ereignissen des 30. Juni 1934 die schriftlichen Arbeiten bei der Abteilung Meisinger, dem Mord-Referat, sich häuften, wurde Frl. Becker zu diesem Referat versetzt; sie blieb jedoch dem Saarreferat und ihren Angestellten in Freundschaft verbunden. Durch Frl. Becker erhielt ich zufällig

Institut

ohne daß sie es selbst wollte oder wußte, Einblick in die "Abschlußliste des 30. Juni", als Frl. Becker diese Liste schrieb. Fritsch Namen war mit einem Kreuz versehen; auf der Liste standen alle Namen der am 30. Juni Ermordeten. Im übrigen war es im Geheim. Staatspolizeiamt offenes Geheimnis, daß sowohl Fritsch, als auch Papen damals miterledigt werden sollten. Diese durch Zufall festgestellte und erwiesene Tatsache bedrückte mich in der Folge, mehrere Wochen lang, ohne zu einem Entschluß zu kommen. Im Spätherbste vertraute ich mich Papen an; dieser, davon außerordentlich beeindruckt und von der Wichtigkeit der Nachricht überzeugt, veranlaßte mich, Herrn v. Fritsch selbst Mitteilung zu machen und vermittelte meinen Besuch bei Fritsch in der Bentelerstraße (Nebeneingang zum Reichswehrministerium) An einem Mittwoch des Dezember 1934 stand ich vor Fritsch; dieser stellte, außerordentlich erstaunt bzw. entsetzt die Frage: Was kann der Führer und die Nazis mir vorwerfen? Als Fritsch von mir hörte, daß ich nicht im Besitz der Abschlußliste sei, verließ er für kurze Zeit das Zimmer, indem die Unterredung stattfand, um im Nebenzimmer sich mit seinen dort anwesenden Herren (Namen kann ich natürlich nicht nennen) zu beraten. Als Fritsch wieder zu mir zurückkam, sagte er zu mir: "Ich danke Ihnen für Ihre Mitteilung. Da Sie mir aber die Originalliste nicht geben können, kann ich in der Angelegenheit leider nichts unternehmen. Es gäbe, wenn ich dem Führer Mitteilung machte, einen Ungeheuren Skandal, der nicht auszudenken wäre. Ich muß daher Ihre vertrauliche Mitteilung für mich behalten. Auch Sie bitte ich, mir durch Handschlag zu bekräftigen, daß Sie-- in Ihrem eigenen Interesse-- Stillschweigen bewahren." Damit war ich entlassen, ich war über diese Entschlußlosigkeit wie vor den Kopf getroffen und das Verhängnis nahm weiterhin seinen Verlauf.----- Von meiner Vorsprache bei Fritsch muß jedoch auf irgend einem Weg Heydrich Kenntnis bekommen haben, denn kurz darnach ließ das Sicherheits-Hauptamt, Berlin, Wilhelmstraße, sein gesamtes, die Reichswehr betreffendes umfangreiches Material Hals über Kopf mittels Auto von der Wilhelmstraße an eine andere, mir unbekannt Stelle verbringen. Diese Tatsache wurde mir von SD-Angehörigen Beckert gelegentlich des Mittagessens bei Aschinger mitgeteilt. Heutiger Aufenthalt von Beckert ist mir nicht bekannt. Daß Fritsch meine Mitteilung sehr ernst nahm-- obwohl er mir gegenüber dies nicht zum Ausdruck brachte -- entnahm ich kurz darauf der Tatsache, daß mich der bereits mehrfach erwähnte Major Grimmeiß etwa 8 Tage nach der Unterredung mit Fritsch zu sich in das Reichswehrministerium bestellte und mich bat, ihm zukünftig alle mir bekannt werdenden Vorkommnisse in der Prinz Albrechtstraße mitzuteilen, die für die Reichswehr von Wichtigkeit seien. In Verfolg davon besuchte ich Major Grimmeiß durchschnittlich alle 14 Tage einmal.

Ich erwähne, daß ich für meine Nachrichten von keiner Seite weder bezahlt wurde, noch sonstige direkte oder indirekte Vorteile hatte. Weiterhin erkläre ich, daß ich damals, Ende 1934, niemals irgendwie daran dachte, als Reserveoffizier von 1914/18 später einmal aktiver Soldat werden zu können. Erst 1936, als mir Major Grimmeiß gelegentlich mitteilte, daß frühere Reserveoffiziere als sog. E.-Offiziere aktiv werden könnten, nahm ich diese Gelegenheit wahr und meldete mich zur militär. Laufbahn, nachdem meine Aufgabe im Saargebiet erfolgreich beendet war.

Als E-Offizier trat ich am 2. Januar 1937 meinen Dienst bei der Rüstungsinspektion XII, Wiesbaden an, die von Generalleutnant Lohmann geleitet wurde. Kurz nach meinem Eintritt in Wiesbaden verlangte General Lohmann als erstes eine Erklärung von mir, ob ich evtl. irgendeine unangenehme oder bedeutungsvolle persönliche Erfahrung früher mit der NSDAP gemacht hätte.. Daraufhin hielt ich es

für meine Pflicht, General Lohmann als meinen Vorgesetzten, über den oben erwähnten Vorfall mit Generaloberst v. Fritsch zu unterrichten. General Lohmann hielt die Angelegenheit für derart wichtig, daß er den Abwehrchef Admiral Canaris-Berlin davon benachrichtigte. Letzterer nahm sofort Verbindung mit Generaloberst v. Fritsch auf; hierauf wurde ich von Admiral Canaris mit dem Abwehroffizier beim Stellv. Generalkommando Wiesbaden, Major v. Bentivegni zusammen nach Berlin bestellt. Hier wurde ich im Reichskriegsministerium, Februar 1937, von Admiral Canaris hinter verschlossener Tür in Anwesenheit von Oberstleutnant Bamler, Major v. Bentivegni und einer Sekretärin eingehend vernommen. Diese Vernehmung beendete Admiral Canaris damit, indem er zu mir sagte:

" Ich danke Ihnen für Ihre Mitteilungen; Herr Generaloberst Frh. v. Fritsch hat mir bereits mitgeteilt, daß Sie die Wahrheit gesagt haben. Leider habe ich im Jahre 1934 von Ihrer Mitteilung an Fritsch keine Kenntnis erhalten; wenn das damals mir bekannt geworden wäre, so wäre die Sache ganz anders gekommen; so aber ist es heute zu spät! Sie müssen sich ernsthaft gesagt sein lassen, daß Sie damals das Äußerste gewagt haben, daß Sie damals mit Ihrem Leben spielten, aber auch heute noch Ihren Kopf in der Schlinge haben. Seien Sie äußerst vorsichtig! Ich verpflichte hiermit Sie und alle Anwesenden zu strengster Verschwiegenheit. Und wieder stand ich vor einem Manne, der mit Generaloberst Frh. v. Fritsch zusammen und vielen gleichgesinnten Offizieren bei sofortiger Entschlußkraft und äußerster Einsatzbereitschaft auch damals ^{noch} Anfang 1937, in der Lage gewesen wäre, das dem deutschen Volk drohende und klar erkenntliche Unheil in letzter Stunde abzuwenden. Es sollte aber nicht sein! Das Verderben nahm ungehindert seinen Lauf und äußerst unbefriedigt und enttäuscht, fuhr ich wieder nach Wiesbaden zurück.


Über meine Widerstandstätigkeit während meiner Militärzeit als E.-Offizier bei der Rüstungsinspektion XII Wiesbaden und später als Wehrwirtschaftsoffizier des Stellv. Generalkdos. XII.A.K. Wiesbaden verweise ich auf mein Spruchkammerurteil vor der Spruchkammer Wiesbaden. (Siehe Anlage Nro.) Nach meiner Flucht zu den im Saargebiet angreifenden amerik. Truppen, Ende November 1944 kam ich mit Flugzeug Ende Dezember nach England; ich war bereits am 30. September 1944 in den Ruhestand versetzt worden. In England versuchten im Lager Crew-Hall Nro. 191 junge deutsche nazistisch verseuchte Offiziere mich durch ein eilends aufgestelltes Rollkommando in der 2. Nacht meiner Anwesenheit in meiner Unterkunftsbaracke des Lagers Nro. 191 im Schlafe zu ermorden. (das wäre wirklich eine Ruhmestat dieser Helden gewesen.) Dieser Anschlag auf mich wurde in letzter Stunde unterbunden, ich kam darauf mehrere Wochen in englische Schutzhaft und daraufhin in ein sogen. Demokratenlager. Soweit möglich füge ich zum Beweise der Richtigkeit meiner Angaben eidesstattliche Erklärungen bei. Ich behalte mir, der ich hinsichtlich einer sehr großen Anzahl von unkontrollierten Angaben über Widerstandshandlungen von Widerstandskämpfern, sehr skeptisch geworden bin, vor, über den deutschen Widerstand besonders in Kreisen des Militär in einem kleinen Werk Stellung zu nehmen.

Bezüglich des Herrn Dr. Otto J o h n , den klassischen Verfassungsschützer der Bundesregierung in Bonn, der laut Bundesinnenminister Dr. Schröder nicht freiwillig in die Ostzone gegangen sein soll, von dem in der Sitzung des Bundestages angegeben wurde, er sei ein "Übergänger" und kein "Überläufer" gewesen, kann ich mitteilen, daß derselbe mich im Lager Nro. 18 in England vernommen hat. Mir war damals sein Namen nicht bekannt, ich war mir aber klar, daß dieser Herr weiter nichts als ein ganz gemeiner Spitzel war. Ich verweise hier auf meine diesbezüglichen Schreiben. Auf mein Schreiben vom 16.9.54 an den Bundesminister Schröder

der habe ich bis heute, den 17. Oktober 54 noch keine Antwort erhalten. In der Angelegenheit wurde ich bereits eingehend von Beamten des Landeskriminalamtes Stuttgart vernommen; die Angelegenheit ist für mich durch ein Ausschweigen oder Totstellen des verantwortlichen Bundesministeriums in keiner Weise erledigt. Sollte ich in nächster Zeit auf mein Schreiben vom 16. Sept. 54 in Sachen Dr. John vom Bundesinnenministerium keine befriedigende Antwort erhalten, so muß ich weitere Schritte ergreifen. Die z. Zt. ungenügend geschützten westdeutschen Sender müssen unter allen Umständen, ^{besonders} nachdem John als Spitzel in der deutschen Sowjetzone arbeitet, einen wirksamen Senderschutz erhalten. Das scheint aber für Herrn Dr. Schröder unnötig zu sein; wenn später aber irgend etwas mit dem einen oder anderen Sender geschieht, so ist das Innenministerium daran unschuldig und weiß von gar nichts! Daher werde ich ganz energisch auf Nachprüfung des Schutzes der Westdeutschen Sender drängen und die Verantwortlichkeit der zuständigen Stelle jetzt schon einwandfrei klären.

Bezüglich des Kampfes gegen die Lostrennung des linksrheinischen Gebietes anno 1919 / 1930 / 1935 erscheint es mir notwendig, das darüber vorhandene Material in gleicher Weise zu sammeln und sicherzustellen, wie das Material über den Nationalsozialismus und über den Widerstand gegen denselben. Das gleiche gilt für den Kampf um die Saar, welcher jetzt anscheinend in das entscheidende Stadium tritt. Bei einer Verschacherung desselben, müssen die dafür Verantwortlichen eindeutig festgestellt werden. Hierzu erkläre ich, daß ich seit 1921 für die deutschen Belange an der Saar eingetreten bin und daher die Pflicht habe, aber auch unzweifelhaft das Recht, den drohenden Kuhhandel um die deutsche Saar zu verhindern oder wenigstens rechtzeitig davor zu warnen. Daran wird mich niemand hindern können.

Mit vorzüglicher Hochachtung



- Anlagen : v1.) Durchschlag eines Schreibens an Dr. Adenauer v. 23.11.53
 v2.) " an Dr. Schröder vom 16.9.54 mit 7 Anlagen (Dr. John)
 v3.) Betr.: Sicherung westdeutscher Sender vom 1. Januar 52
 v4.) Spruchkammerbescheid Otto Betz mit Anlagen
 nicht v5.) Originalschreiben v. Bundesminister Kaiser, Bonn
 v6.) Weitere Abschriften zu treuen Händen.

Bezüglich der Abschriften bestätige ich, daß dieselben mit den Originalen übereinstimmen.



- 1) s. Bl. 9-12,
 2) s. Bl. 13-24
 3) s. Bl. 25
 4) s. Bl. 27-43
 5) nicht v.
 6) s. unter Bl. 28-43

ZS-1842-9

Otto B e t z, Neckargemünd.

18. Okt. 1954
Bahnhofstr. 15 a

Herrn

Dr. H. K r a u s n i c k,
M ü n c h e n.

Sehr geehrter Herr Dr. K r a u s n i c k !

Anliegend finden Sie verschiedenes Material, das für Sie vielleicht brauchbar ist. Da Ihr Institut sich mit " Zeitgeschichte " befaßt, nehme ich an, daß zu Ihrem Arbeitsgebiet auch der Kampf um das besetzt gewesene Gebiet links des Rheines von 1919 bis 1930, sowie der Saar bis 1935 und jetzt wieder von 1945 ab gehört und nicht nur die Geschichtschreibung über den Nationalsozialismus. Bezüglich der Widerstandsbewegung gegen den Nationalsozialismus bin ich inzwischen zu der Überzeugung gekommen, daß ein Großteil der bisherigen, oft umfangreichen Buchveröffentlichungen darüber zu ernsthafter Kritik und Ablehnung herausfordert. Ich werde mir erlauben, Ihnen darüber in Bälde Näheres mitzuteilen. Weiterhin halte ich es für notwendig, daß gegen die vielfachen Mißstände, die sich im Schoße der Bundesregierung und den Länderregierungen allenthalben gezeigt haben, ganz energisch Front gemacht und evtl. zum Widerstand aufgerufen werden muß.

Zum Schlusse teile ich Ihnen noch mit, daß ich z. Zt. im Einvernehmen mit dem Bundesinnenministerium mich mit der Einrichtung von Schutzzonen für Zivilisten im Kriegsfall gemäß IV. Genèr Konvention vom Roten Kreuz vom 12. August 1949 beschäftige. Dieser Konvention ist die Deutsche Bundesrepublik am 5./6. Mai 1954 in feierlicher Weise beigetreten. Dem Bundesinnenministerium habe ich als erste deutsche Schutzzone die Bodenseegegend und den Südschwarzwald vorgeschlagen; ich werde für die sehr schwierige Organisation genannter Schutzzone eine Studiengesellschaft bilden. Sollten Sie für diese Angelegenheit Interesse haben, so bitte ich um gefl. Mitteilung, sowie ggf. Rückäußerung Ihrer diesbezüglichen Wünsche.

Mit vorzüglicher Hochachtung

hier zwei Briefe
er-überlebt zu haben
genügt mit

[Bem. des
damaligen
Sprengers
Dr. Clucker]

Institut für Zeitgeschichte	
Eingeg. am	20. Okt. 1954
Tgb.-Nr.	Ka

So Leo
Bolz
Ri E

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akt. 3490/65	Bst. 25 1842
Rep. -	Kat.

IS-1842-10

Schr. an Dr. Adenauer v. 23.11.53
betr. Saargebiet.

Bl. 9 - 12

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Eingeschrieben !

ES-1842-11

Otto B e t z, Major a.D.
Neckargemünd.

Neckargemünd, den 23. November 53
Bahnhofstr. 15 a

An den
Herrn Bundeskanzler Dr. Konrad A d e n a u e r,
B o n n a. Rh.

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 3490/65	Best. ES 1842
Rep. ✓	Kel.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler !

Wenn ich Ihnen am 20. November 53 telegraphierte :

*abgerandt
Betz*

- * Heute am Jahrestag der Planung separater rheinischer Republik
- * durch Fünfzehner Ausschuss für besetzte Gebiete unter Führung von
- * französis. Oberkommissar Tirard 20. November 1923 erbitte ich ener-
- * gische Vertretung deutscher Saarbelege gemäß FDP- Vorschläge
- * Brief folgt,

gez. Otto Betz, Neckargemünd

So bitte ich dies zu entschuldigen, denn was ich jetzt beabsichtige, so nur deshalb, um eine ähnliche Situation zu verhindern, die wie im Herbst 1923 und Anfang 1924, es notwendig machte, daß die Bayer. Staatsregierung im Einverständnis mit der Reichsregierung unter Reichsminister Stresemann zu äußerst drastischen Maßnahmen schritt.

Zunächst dürfte es Ihnen gegenüber notwendig sein, Sie darüber aufzuklären, mit wem Sie es bei mir zu tun haben und ob ich berechtigt bin, an die Ereignisse um den 20. November 1923 und um 7./9. Jan. 1924 und an die Schreckenstage des Februar 1924 in Pirmasens zu erinnern, einer Zeit, als dem Deutschen Reich die Abtrennung wertvollsten deutschen Gebietes, bewohnt von vielen Millionen Deutscher drohte. Hier gestatte ich mir zunächst einige Ausführungen über meine Person, bevor ich weitere Angaben über die damaligen Zustände im besetzten Gebiet und über Parallelerscheinungen der heutigen Zeit bezügl. des Saargebietes mache:

Ich hatte von Januar 1921 bis zum Ende der linkerheinischen Besetzung, Mitte 1930, als Adjutant der amtlichen Bayer. Abwehrstelle mit dem Sitz in Mannheim-Heidelberg-Neckargemünd (Leiter Oberregierungsrat Dr. Ritter von Eberlein) dann von 1934 bis zum Ende der internationalen Verwaltung des Saargebietes die Belange der Bevölkerung der besetzten Pfalz, später des Saargebietes, maßgeblich mitzuvertreten. Es war jene Zeit nachfolgend angeführter, sich überstürzender Ereignisse :

- 26. Sept. 1923 Reichsminister Stresemann verkündete, daß die Reichsregierung den Passiven Widerstand aufgabe,
- 1. Okt. aus der Pfalz waren 19 171 Personen ausgewiesen.
- 13. Okt. im besetzten Gebiet wurden 2 Millionen Arbeitslose gezählt; Erwerbelosendemonstrationen fanden statt,
- 23./24. Okt. Reichskabinett und Reichsregierung beschäftigen sich in einer Nachtsitzung eingehend mit der Bildung eines Rheinstaates und bezeichnen eine derartige Bildung in jeglicher Form als Landesverrat,
- 25. Okt. in Heidelberg tagt der politische Abwehrausschuss aller Parteien unter Teilnahme des SPD-Reichstagsabgeordneten Otto W e i s .
- 25. Okt. der Britische Hohe Kommissar, Lord Kilmarnock, läßt der Deutschen Reichsregierung folgende vertrauliche Nachricht zugehen: " Falls separatistische Pfalzregierung Jan. 1924 noch antworten sollte, wäre Hohe Interalliierte Rheinlandkommission gezwungen, die separatistischen Verordnungen und

* damit die separatistische Regierung de jure und de facto anzuerkennen.*

Ende Okt. Bayer. Staatsregierung beschließt im Einverständnis mit Reichsregierung die aus der Mitteilung des Lord Kilmarnock sich ergebenden, eindeutigen Maßnahmen; Abwehrstelle Heidelberg --Ritter von Eberlein -- erhält durch Staatskommissar f.d. Pfalz, Geheimrat Dr. Lorenz Wappes, entsprechende Weisung.

9. Nov. Adjutant der Abwehrstelle O. Bets, mit Angestellten Fritz Kees holen befehlsgemäß bei den Hauswerkern Oberndorf/ Wttbg. 100 Revolver mit Munition,

12. Nov. 23 die Separatisten proklamieren in Speyer die "Autonome Republik der Pfalz",

12. " " der rechtmäßige Regierungspräsident Mathéus sendet von Heidelberg aus folgenden offenen Brief an den französischen General de Metz in Speyer:

" Herrn General de Metz, Speyer!

" Gegen die von Ihnen angedrohte, nurmehr mit französischer Hilfe eingeleitete Vergewaltigung des pfälzischen Volkes durch von Ihnen selbst wiederholt als Gesindel bezeichnete landfremde Banden erhebe ich im Namen des Pfälzischen Volkes, der pfälzischen und bayerischen Regierung schärfsten Protest.

" Entgegen der Erklärung Ihres Ministerpräsidenten, sich neutral zu verhalten, wurden die Banden kostenlos mit der Regiebahnen herbeigeführt, von französischen Behörden untergebracht und gepflegt, von Ihren Bezirksdelegierten ausdrücklich anerkannt.

" Unter französischem Schutz plünderten und kämpften die separatistischen Banden, wurden treue Deutsche entwaffnet, eingekerkert und verschleppt. Nachdem das Rheinlandabkommen und der Verordnung 3 der Rheinlandkommission war und ist Ihre Pflicht, die Banden zu entwaffnen und die deutsche Polizei bei Aufrechterhaltung der Ordnung zu unterstützen.

" Die Not der Pfalz ist ausschließlich Ihr Werk. " gez. Mathéus.

20. Nov. 1923 unter Führung zweier Herren von Keln wird der sog. "Fünfzehnerausschuß f.d. besetzte Gebiet" gebildet; sie lassen sich in Besprechungen mit dem französischen Hohen Oberkommissar Tirard wegen Bildung einer Rheinischen Republik ein. (Siehe die Schrift der Bayer. Staatsregierung: "Die Pfalz unter französischer Besatzung")

Ende Nov. die dem 15er Ausschuss angehörenden Bayer. Landtagsabgeordneten erkennen die große Gefahr solcher Verhandlungen mit Tirard und reisen nach München, um bei der Bayer. Regierung sich Weisung und Rat zu erholen. Sie erhalten folgenden Aufschluß:

" Der Bayer. Ministerrat hält Verhandlungen wegen Bildung einer Rheinischen Republik für überaus bedenklich und lehnt sie ab, soweit sie auf staatsrechtliches Gebiet übergreife oder Fragen organisatorischer Art betreffe. Die Bayer. Regierung sei der Auffassung, daß die Entstehung eines Rheinischen Staates mit allen Mitteln zu verhindern sei und sie halte es für notwendig, daß sofort eine möglichst energische diplomatische Aktion eingeleitet werde und daß weiter durchgreifende, wirtschaftliche Maßnahmen getroffen werden, die dem Rheinland das Durchhalten ermöglichen "

Anfang Dez. Bets von der Abwehrstelle Heidelberg wird nach Keln beordert, um dort vertrauliche Erkundungen über evtl. weitere Schritte der Führer des 15er Ausschusses hinsichtlich der Bildung einer Rheinischen Republik einzuziehen.

Juni

Dez.1923 Rechtsanwalt Dr. Edgar Jung (am 30. Okt.1934 durch Hitler ermordet) stellt befehlsgemäß in München aus Studenten ein Rollkommando auf,

19.Dez. der Bayer. Ministerpräsident Dr. v. Knilling gibt im Bayer.Landtag folgende Erklärung ab :

- " Zum Schlusse möchte ich noch eine weitere Angelegenheit berühren : Die Stellung der Bayer. Staatsregierung zu der in letzter Zeit vielfach erörterten Frage einer rheinstaatlichen Bildung :
- " Die Bayer.Regierung hat von Anfang an den Standpunkt eingenommen, daß eine staatsrechtliche Änderung unbedingt abzulehnen sei, weil sie die Gefahr einer Lostrennung des auf diese Art ausgeschiedenen Gebietes vom Deutschen Reich mit sich bringt und sie darf mit einer gewissen Genugtuung feststellen, daß nach einigen Schwanken diese Auffassung sich auch anderwärts und vor allem bei der Reichsregierung durchgesetzt hat. In Festhaltung dieser Auffassung erscheint es aber durchaus unzweckmäßig, im voraus alle Eventualitäten einer derartigen, nur durch Gewalt und stärksten Druck möglichen Bildung in der Öffentlichkeit zu behandeln und gar zu jeder denkbaren Möglichkeit Stellung zu nehmen " ,

2./7.Jan. 1924

die dem Rollkommando Dr. Jung angehörenden Leute, zumeist Studenten aus München treffen in Heidelberg ein, erhalten je 1 Revolver mit Munition und begaben sich auf getrennten Wegen nach Speyer. Der erste Versuch vom 7./8.Jan.auf Beseitigung des separatistischen Präsidenten der Pfalz scheitert,

8./9.Jan.

Der Präsident der separatist.autonomen Regierung der Pfalz, Heinz - Orbis wird im Wittelsbacher Hof zu Speyer erschossen. An dieser Aktion haben aktiv teilgenommen : Dr. Otto Graf, Ministerialdirektor im Bundeswirtschaftsministerium Bonn (leider im März 1953 in Bonn verstorben); Walter Antz, Regierungsvizepräsident a. D. Ansbach, Welserstr. ; Otto Betz, Major a.D., Neckargenüß

Im Anschluß an diese Befreiungstat fanden in der Pfalz allerorts (in Germersheim, Landau, Bürkheim, Grünstadt, Kirchheimbolanden, Lambrecht , Lauterecken, Kaiserlautern, Firmasens usw.) zwischen den separatist. Horden und der deutschen Bevölkerung erbitterte Kämpfe statt, bei denen zahlreiche Menschen den Tod fanden. Der Kampf griff auch auf das Siebengebirge über. Die Opfer waren aber nicht umsonst gebracht : die Ereignisse vom 8./9. Jan., die Schreckensnacht vom Februar 24 in Firmasens und die nachfolgenden blutigen Rückzugskämpfe der landfremden Banden, in welchen dieselben aufgerieben wurden, beendeten sowohl den Spuk mit einer Autonomen Pfalz, als auch den Tatendrang der Politiker des 15er Ausschusses in Köln. Aber die ganze Welt horchte erschreckt auf, die Alliierten sahen das Unrecht Frankreichs ein, besonders nach dem Untersuchungsergebnis des englischen Generalkonsul Clive über die Mitwirkung der Besatzung bei der Bildung einer Separatistenregierung.

Wer wollte nun leugnen, daß heute wieder größte Gefahr einer Abtrennung deutschen Gebietes besteht, indem die Bundesregierung, erpresserischen Forderungen Frankreichs nachgebend, anscheinend im Begriffe ist, das deutsche Saargebiet als Vorbedingung zur Ratifizierung des MWV-Vertrages durch Frankreich preiszugeben. Aber auch der Ausweg, auf den der Landesverräter Hofmann verfiel, das Saarland zu

"europäisieren" als Vorstufe zu der "Europäischen Politischen Gemeinschaft" mit Saarbrücken als Hauptstadt, dürfte ein "Holzweg" sein. Denn eine "Europäische Politische Gemeinschaft," basierend auf Separatismus, Länderraub und Landesverrat, kann keinesfalls längeren Bestand haben.

Nachdem ich jahrelang im Kampfe gegen Separatismus und Landesverrat stand, darf man es mir m.E. nicht verübeln, wenn ich heute nach ähnlichen Mitteln und Wegen suche, die die Bayerische Staatsregierung und Reichsminister Stresemann auf den Rat Englands hin--- durch Lord Kilmarnock übermittelt ---- in den Januartagen des Jahres 1924 zur Abwendung äußerster Not, anzuwenden gezwungen war.

Ich habe Ihnen nun, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, in vorliegenden Ausführungen ganz offen meine Ansicht über das Problem Saargebiet unterbreitet und ich glaube, Herr Bundeskanzler, das deutsche Volk kann heute nach dem 6. September verlangen, daß man es nicht einen Weg führt, der einen Verlust deutschen Landes mit 1 Million deutscher Bürger zur Folge hat.

Gestatten Sie, daß ich Ihnen anliegende Abschrift meines Schreibens in gleicher Angelegenheit an den Herrn Ministerpräsident Dr. H a r d, München, zur gefl. Kenntnisnahme übermittle. Als Referenzen für mich benenne ich Ihnen: Regierungsvizepräsident Walter A n t s, Ansbach / Mittelfranken, Welschstraße und Direktor Albert H a i e r, Bad-Wimpfen, sowie Richard B e c k e r, Saarbrücken.

Ihnen jederzeit zu Diensten, zeichne ich
mit vorzüglicher Hochachtung

Erläuterungen für Herrn Dr. Krausnick:

Obiges Schreiben beabsichtigte ich Herrn Adenauer am 20. Nov. 53 zu senden; vorher jedoch schrieb ich an meine Saarfrend & zwar an Prinz Hubertus zu Löwenstein, sowie an Rechtsanwalt Hon. Schneider-Saarbrücken, um diese über die Zweckmäßigkeit meines Vorgehens zu hören. Da beide mir dringend abrieten, unterließ ich die Absendung des Briefes an Adenauer, dagegen habe ich das eingangs erwähnte Telegramm als Brieffelegramm an Adenauer aufgegeben. Die Aufgabe und der Kuhnhandel um das Saargebiet muß ich als unglaublich, ja als Landesverrat bezeichnen. Die Festlegung der Tatsachen bezgl. des Saargebietes wäre m.E. in dankbares Aufgabengebiet Ihres Instituts. Ich bin bereit hier mitzuhelfen.
Neckargemünd, den 15. Okt. 1954

Nachschrift: Die in obigem Schreiben Seite 2 unterm 20. Nov. 1923 angegebenen 2 Herren von Köln waren: Bürgermeister Adenauer und der Industrielle Louis Hagen.

ZS-1342-15

Schr.v.16.9.54 an Dr.Schröder
betr.Dr.Otto John.

Bl. 13 - 24

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Otto Betz, Major a.D.
Neckargemünd.

Neckargemünd, den 16. September 54
Bahnhofstr. 15a

An

Herrn Bundesminister des Innern
Herrn Dr. Schröder

Bonn

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akt. 3490/65	Dat. 25 1842
Rep. /	Kel.

Betreff: Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz Dr. Otto John.
Sicherung des westdeutschen Rundfunksender.

Abwehr gegen Sowjetzonenspionage, welche z.Zt. durch John auf-
gebaut wird.

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Hiermit beehre ich mich, Ihnen verschiedene Abschriften zu
übersenden, aus denen einwandfrei hervorgeht, daß ich schon Ende 1951
felsenfest davon überzeugt war---was am 20. Juli 54 für den größten
Zweifeler ebenfalls zur Gewißheit wurde---daß der hohe Präsident des
Bundesamtes für Verfassungsschutz, schon seit Jahren ein Verräter war
Zu den Abschriften gebe ich folgende Erläuterungen:

Durch Spruchkammerbescheid der Spruchkammer Wiesbaden -197a-
vom 27. Juli 1948 wurde ich als Widerstandskämpfer anerkannt. Ich
mußte infolge meines Widerstandes, um den Verfolgungen der Gestapo zu
entgehen am 27. November 1944 flüchten und kam Anfang 1945 nach Eng-
land in Schutzhaft. Hier wurde ich im Laufe meines 15 Monate währenden
Aufenthaltes im Lager Bro. 18 von einem jungen Deutschen vernommen
und zwar im Auftrage des engl. Kriegsministeriums. Damals war mir
schon klar, daß dieser Deutsche ein Vaterlandsverräter und Spitzel
war. Anfang 1946 nach Deutschland zurückgekehrt, erfuhr ich Ende 1951,
daß vorgenannter Spitzel -- Dr. Otto John -- inzwischen Präsident
des Bundesamtes für Verfassungsschutz geworden war. Diese ungeheuer-
liche, ganz unglaubliche Tatsache beeindruckte mich derart, daß ich
beschloß dem ehrenwerten Präsidenten eine Falle zu stellen und
schrieb an ihn:

Anlage 1) Darin schlug ich John vor, eine Vereinigung von Widerstand-
kämpfern zu gründen mit nur solchen Mitgliedern, die sich vorher ge-
nauestens über ihren geleisteten Widerstand auszuweisen hätten. Indem
ich mich als erstes Mitglied zur Überprüfung meldete, wollte ich ein-
mal sehen, wie sich dazu John bezgl. seiner Person stellen würde, zum
andern nahm ich an Gelegenheit zu einer Aussprache mit John zu kom-
men, um dabei die Identität Johns mit dem Spitzel im engl. Lager
Bro. 18 einwandfrei festzustellen. Und ich hatte Glück: Auf mein
Schreiben vom 23. 12. 51 erhielt ich von Dr. John (27.12.51)

Anlage 2) ein Schreiben, worin John mir eine persönliche Besprechung
mit ihm in Köln vorschlug.

Anlage 3) In meinem Schreiben vom 31.12.51 schlug ich John eine Zu-
sammenkunft in Köln in der 2. Hälfte des Januar 1952 vor. Daraufhin
kam es

Anlage 4) zu einer Besprechung John/ Betz in Köln, Brückenstr. am
28. Jan. 1952, 17 Uhr. Dabei stellte ich einwandfrei fest, daß John,
der Verfassungsschützer, mit dem Spitzel im Lager 18 in England per-
sonengleich ist. Um John in Sicherheit zu wiegen, legte ich John mein
Spruchkammerurteil vor, wobei ich erwartete, daß er mir in sein eige-
nes Spruchkammerurteil ebenfalls Einblick gewähren würde, was ich an-
regte. John jedoch entzog sich meiner diesbezgl. Anregung--die John

wie mir schien, peinlich war-- durch eine offensichtliche Ausrede, wodurch ich in meiner Vermutung bestärkt wurde, daß John nach seiner Rückkehr aus England nicht entnazifiziert worden war. Ich bitte hier Herrn Bundesminister entsprechende Nachforschungen anstellen zu lassen. Während John in meinem Spruchkammerbescheid las, stellte er an mich die Frage, welche Vorschläge ich ihm bezgl. meiner Andeutungen in meinem Schreiben vom 31. 12. 51 (siehe Anlage 3) zu machen hätte. Darauf verwies ich John auf Ziff. 3 meines Spruchkammerbescheides, worin es heißt:

"Zum Beweis seiner feindl. Haltung, bezw. aktiven Widerstand führt
"B. ferner an :

"Ziff 3.) Sept. 43 und Sept. 44 Erkundung der Sender Frankfurt/M
"und Saarbrücken für den Fall einer möglichen Beschlagnahme derselben durch die Widerstandsgruppe."

Dabei wies ich daraufhin, daß ich mich gegenüber Admiral Canaris verpflichtet hatte, für den Fall eines Militär-Putsches, einen oder zwei Reichsrundfunksender derart zu erkunden, um dieselben für die Militärregierung zur Verfügung zu haben. Über die Frage der Sicherung deutscher Sender entwickelte sich zwischen John und mir eine längere Diskussion, in der ich mich anheischig machte, jeden, aber auch jeden Sender in meine Hände zu bekommen oder ihn zu zerstören. Ich erklärte John, daß was mir zweimal bei den Sendern Frankfurt und Saarbrücken gelang -- und zwar unter erschwerenden Umständen (Bewachung von schwer bewaffneten SS - Sonderkommandos) -- heute auch rechts- oder linksgerichteten Kreisen unbedingt möglich sei. Ich wies John darauf hin, daß ich in dieser Angelegenheit bereits Fühlung mit der Bundesregierung in Bonn aufgenommen hätte. John zeigte sich über das Problem "Senderschutz" sehr interessiert und erklärte mir, daß der Senderschutz zum Aufgabengebiet seines Amtes f. Verfassungsschutz gehöre. Er bat mich deshalb, ihm ein Exposé über den Schutz der westdeutschen Sender für den Fall eines Putsches von rechts- oder linksradikalen Kreisen auszuarbeiten und ihm zu übersenden. Die Ausarbeitung dieses Exposés durch mich unterblieb, da ich meinen Zweck erreicht und festgestellt hatte, daß John der vermutete Spitzel war, der im englischen Lager 18 für das engl. Kriegsministerium arbeitete.

Wenn nun John meine praktischen Erfahrungen bezgl. Senderschutz nicht verwerten kann, da ich ihm darüber nichts mitteilte, so kann man keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, daß John im Dienste der Sowjetzonen-Spionage seine Kenntnisse über den magelhaften Senderschutz in ganz Westdeutschland gegen sein früheres Vaterland ausnützen wird. Indem ich hiermit auf meinen Vorschlag beim Herrn Bundesminister Blücher vom 23. 12. 1951 bezgl. Aufbau eines Sendeschutzes hinweise, sowie auf die Antwort des Herrn Bundesinnenministers Dr. Lehr vom 27. Febr. 1952, in welcher mir vorgeschlagen wurde, dem Bundesinnenminister wichtige Ratschläge über den Senderschutz zu übersenden (siehe Anlage Bro. 5) so erkläre ich mich gerne bereit aus meiner Praxis heraus wichtige Ratschläge zur Sicherung westdeutscher Rundfunkanlagen zu geben.

Mit allergrößtem Nachdruck möchte auf die Gefahren hinweisen, die den deutschen Sendern drohen, wenn bezgl. des Senderschutzes in Westdeutschland nicht mehr geschieht als bisher.

Auch für die Abwehr gegen Sowjetspionage, die mit Hilfe von John aufgezogen wird, gilt das gleiche.

Was ich nach der persönlichen Besprechung von mir mit John in Köln vom 28. Jan. 1952 veranlaßt bitte ich aus Anlage Bro. 6 entnehmen zu wollen. Nachdem John bis zum 19. Juli 1954 bei den höchsten Bonner Regierungsstellen höchstes Vertrauen genoß, war mir im Kampf gegen den Verräter John nur eine Veröffentlichung in der Presse möglich. Ich

schrieb daher am 10. Mai 1952 an die Münchner Illustrierte "Revue" um diese zu veranlassen, mein Material gegen den Spitzel und Verfassungsschützer J o h n zu veröffentlichen. (Siehe Anlage No. 6.)
Anl.7 Leider hatten die Herren dieses Verlages nicht die Zivilkurage dazu und gaben mir mein Material unveröffentlicht wieder zurück. Außer diese Tatsache beweist, daß es mit unserer Demokratie außerordentlich schlecht bestellt sein muß. Damit nun nahm das Verhängnis ungehindert seinen Lauf und heute stehen wir vor einem Berg von Scherben, für welchen niemand die Verantwortung tragen will. Auch diese Tatsache ist tief beschämend.

Bezüglich der weiteren Auswirkungen des Falles J o h n wäre noch folgendes zu erwähnen:

Der Fall John und der Remer-Prozeß in Braunschweig vom 15. März 1953

Zunächst erkläre ich, daß ich Otto Ernst R e m e r's Verhalten im Witzleben-Putsch und später in keiner Weise billige oder entschuldige und auf's schärfste verurteile. --- Die Tatsache jedoch, daß der Ankläger in diesem Prozeß, der Generalstaatsanwalt Dr. B a u e r, sich in seiner Anklage und seinem Strafantrag gegen Remer wiederholt auf die Aussagen des Verfassungsschützers Otto John bezog, der damals noch in höchsten Bonner Regierungskreisen als Ehrenmann galt, könnten die Neofaschisten dazu benützen, um die Verurteilung Remer's als Justizirrtum zu bezeichnen. Ich möchte nicht verfehlen auf diese Gefahr rechtzeitig mit allem Nachdruck hinzuweisen.

In diesem Zusammenhang bitte ich auch zu untersuchen, ob die sehr merkwürdige Flucht des Remer in's Ausland evtl. --- wie vielerseits behauptet --- von deutscher Seite unterstützt wurde.

Indem ich mich nochmals bereit erkläre, entsprechend der Anregung des Bundesministers des Innern, Herrn Dr. Robert L e h r vom 7.2. 1952 bezüglich Aufbaues eines wirksamen Sonderschutzes mit Rat und Tat mitzuwirken, sehe ich gefl. Rückantwort gerne entgegen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gg. Otto Batz

A b s c h r i f t .

Otto B e t z, Major a.D.

Horn über Radolfzell, den 23.12. 51

V e r t r a u l i c h u n d P e r s ö n l i c h !

An das Präsidium des Bundesamtes für Verfassungsschutz,
Herrn Präsidenten J o h n , persönlich

K ö l n a. Rh.

Sehr geehrter Herr Präsident !

Indem ich mich auf die mit Ihnen s.Zt. im englischen POW-Lager 18 gehabte kurze Unterhaltung beziehe, beehre ich mich Ihnen, als Leiter des Bundesamtes folgendes mitzuteilen :

- 1.) in anbetracht dessen, daß eine neonazistische Bewegung unter Remer und Kons. immer frecher ihr Haupt erhebt und zu einer Gefahr zu werden droht, ohne daß dagegen etwas durchgreifendes geschieht,
- 2.) in anbetracht dessen, daß ich selbst als anerkannter Widerstandskämpfer Ende 1944 infolge Remers Verrat flüchten und mich 15 Monate in englischer Schutzhaft aufhalten mußte, habe ich nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die neonazistische Bewegung mit allen Mitteln, ob legal oder illegal, zu bekämpfen. Dabei lasse ich mich von folgenden Gedanken leiten :

Wenn man eine Kollektivschuld für nazistische von 1933 bis 1945 begangene Verbrechen, mit der man 1945/46 alle Deutschen belasten wollte, mit Recht ablehnt, so kann zukünftig eine Kollektivschuld des deutschen Volkes nicht geleugnet werden, wenn letzteres nichts gegen die neonazistische Bewegung von heute unternimmt. Um hier vorzubeugen, gleichzeitig aber alle Fehler zu unterlassen, die vor und am 20. Juli 1944 zum Scheitern der Bewegung führten, erscheint es mir notwendig zu werden:

- a) Überprüfung aller Widerstandskämpfer von 1933/45, die sich im zukünftigen Abwehrkampf betätigen wollen ,
- b) Registrierung aller Neofaschisten und Rückversicherer ,
- c) Rechtzeitige Organisation eines offenen, rücksichtslosen Kampfes und Widerstands gegen Neo- Nazisten.

Um für die Berechtigung der Errichtung und Führung einer anti-neonazistischen Front legitimiert zu werden, unterstelle ich mich als erste Person einer notwendigen Prüfung gemäß o.a. Buchstaben a) und b). Indem ich Sie hiermit von obigem in Kenntnis setze, bitte ich um Ihre gefl. kritische Stellungnahme hierzu und um Mitteilung, ob Sie bereit sind zunächst einmal mich -- ob Widerstandskämpfer oder nicht -- zu überprüfen und auch fernerhin alle weiteren diesbezügl. Überprüfungen vornehmen zu wollen.

Aus meinen Erfahrungen 1934/1944 heraus, erscheint es mir ratsam zu sein, einen möglichst kleinen Kreis aktiv gewesener und werdender Widerstandskämpfer zu bilden, daneben aber für eine weitumspannende Widerstandsbewegung, die auch internationalen Anschluß sucht und vom gesamten deutschen Volke ausgeht, zu werben. Zu gegebener Zeit beabsichtige ich die Angelegenheit dem Herrn Bundespräsidenten Heuß und dem Herrn Bundeskanzler Adenauer zu unterbreiten.

Gefl. Antwort entgegensehend, zeichne ich Hochachtungsvoll

gez.: Otto B e t z

Die Richtigkeit vorstehender
Abschrift - ~~unter~~ ^{bestätigt}
Niedergemünd, den 7. Sep. 1954

Der Bürgermeister
F. H. Gross

Katzenberger



Institut für Zeitgeschichte		
ARCHIV		
Akz. 3490	65	Bl. 25 1842
Rep.	/	Kat.

ZS-1842-20

Beleg No. 2

Abschrift.

Dr. JUR. OTTO A.W. J O H N
PRÄSIDENT
DES BUNDESAMTES FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ

KÖLN, DEN 27.12. 51
KÖLN-MARIENBURG
Mehlemerstr.15

Sehr geehrter Herr Bets !

Herzlichen Dank für Ihren Brief vom 23. Die Probleme, die Sie beschäftigen, interessieren mich selbstverständlich sehr, und ich würde es für zweckmäßig halten, wenn wir uns einmal darüber aussprechen könnten. Vielleicht ist es Ihnen möglich, gelegentlich einmal nach Köln zu kommen. Jedoch müssten wir einen Zeitpunkt vorher rechtzeitig vereinbaren, weil ich oft dienstlich unterwegs bin.

Auf jeden Fall habe ich mich sehr gefreut, von Ihnen zu hören, und bin mit herzlichen Grüßen und allen guten Wünschen zum neuen Jahr

Ihr
gez.: Otto J o h n

Beleg No. 3

Abschrift.

Otto B e t z, Major a.D.
H o r n / Bodensee.

Horn über Badolzell, den
31. Dezember 1951

Sehr geehrter Herr Präsident J o h n !

Mit heralichen Danke bestätige ich Ihr freundl. Schreiben vom 27. Dezember 1951 und erwidere Ihre Grüße und Wünsche zum Jahreswechsel auf's beste. Auch ich halte eine Aussprache mit Ihnen für sehr zweckmäßig und wünschenswert und bitte Sie, mir etwa in der zweiten Hälfte des Monats Januar 1952 einen genauen Tag angeben zu wollen, an welchem ich Sie in Köln-Marienburgerstr. 15 mit Bestimmtheit treffen und sprechen kann.

Ich bringe Ihnen zu der Besprechung einen Vorschlag mit, der auf meine Tätigkeit in Dienste des Widerstandes gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft zurückgeht, 1943 von Admiral Canaris gebilligt wurde und mir derart wichtig erscheint, daß er unter allen Umständen, entweder von Ihrem Amt oder durch die zukünftige Europarmee (deutsches Kontingent) verwirklicht werden muß.

Mit herzlichen Grüßen bin ich

Ihr
gez.: Otto B e t z



Die Richtigkeit vorstehender
Abschrift - ~~Witer~~ ~~brük~~ bestätigt
- 7. Sep. 1954
Neuhärgemünd, den

Der Büromeister
F.A. Bros

Kaufpreiber

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 3490/65	Blatt 35 1842
Rep. -	Kat.

ZS-1842-21

A b s c h r i f t .

Beleg Bro. 4

DR: JUR. OTTO A. W. JOHN
PRÄSIDENT
DES BUNDESAMTES FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ

KÜln, den 21.1.1952
KÜln-Marienburg
Mehlemstr. 15

Sehr geehrter Herr Betz !

Leider konnte ich erst heute dazu, Ihnen für Ihren Brief vom 31. Dezember zu danken.

Ich bin bis Ende des Monats, falls nicht unvorhergesehene Umstände eintreten, täglich in KÜln in meinem Büro, Ecke Brücken- und Ludwigstr. (Lageplan füge ich bei), Tel 5 82 91, zu erreichen. Wenn Sie es möglich machen können, in dieser Zeit zu kommen würde ich mich freuen, Sie wiederzusehen und zu sprechen.

Mit freundlichen Grüßen bin ich

Ihr

gez.: Otto John

Anlage

Anmerkung : Auf Grund obigen Schreibens telegraphierte ich an Dr. John am 25.1.52:

" Ankomme KÜln 26. Januar vormittags "
gez.: Betz

Am 26. Jan. 52 nachm. 5 Uhr wurde ich dann von John in seinem Büro in KÜln empfangen.

Für die Richtigkeit :

gez.: Otto B e t z



Die Richtigkeit vorstehender
Abschrift - ~~Wahrheit~~ bestätigt
Neckargemünd, den 7. Sep. 1954

Der Bürgermeister
F. H. Bruns

Handwritten: Handwritten

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 3490/65	Dat. 25 1842
Rep. -	Kl.

Der Bundesminister des Innern
 Gesch.-Z. 62-73 B / 23.12.52

Bonn, den 7. Februar 1952.
 Rheindorferstr. 198

Herrn Major a. D. Otto B e t z ,
 H o r n
 über Hadolfszell.

Betr.: Sicherung deutscher Rundfunkstationen.
Bezug: Ihr Schreiben vom 23.12.1951.

Sehr geehrter Herr Betz !

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akt. 3490/65	Bl. 251842
Rev. ✓	Kat.

Ihr Schreiben vom 23.12.1951 an Herrn Bundesminister Blücher ist mir zugeleitet worden. Ich teile Ihnen mit, daß in meinem Ministerium, das für die Fragen der Sicherheit in der Bundesrepublik zuständig ist, entsprechende Vorbereitungen zur Sicherung der Rundfunkanlagen und auch der sonstigen lebenswichtigen Betriebe getroffen werden. Wenn Sie in der Lage sind, wichtige Ratschläge zu geben, so wäre ich für eine Übersendung Ihrer Gedanken sehr zu Dank verpflichtet.

Für das bewiesene Interesse und Ihre Anteilnahme spreche ich Ihnen meinen besonderen Dank aus.

Für die Richtigkeit der Abschrift

Mit vorzüglicher Hochachtung

Horn, den 15. Februar 1952

gez.: Dr. L e h r

Das Bürgermeisteramt Horn

Bez. Engelmann

Streng vertraulich ! Eingeschrieben !

Otto B e t s, Major a.D.
H o r n.

Horn Ub.Radolfzell, den 10. Mai
1952

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 3490/65	Bst. ZS 1842
Rep. -	Kat.

An den
Kindler & Schiermayer Verlag, München 9
M ü n c h e n 9
Hathhauserstr. 50

Sehr geehrter Herr Chefredakteur Dr. L e h m a n n !

Mit großem Interesse las ich in Ihrer "Illustrierten" Ihre Enthüllungen über Kemritz und über Hans Graf/ Külle und gratuliere Ihnen und Ihren beteiligten Herren zu den erfolgreichen Ermittlungen über die zwei Volksschädlinge.

Da Sie mit Ihren Herren Mitarbeitern in diesen 2 Fällen so ausgezeichnete Erfolge hatten, so erlaube ich mir, Sie auf eine weitere Gelegenheit aufmerksam zu machen, bei welcher Sie sich sehr verdient machen könnten. Es handelt sich hier um einen Herrn, der 1946/47 in England auftauchte, um in den Offiziersgefangenenlagern z.B. im Lager 18 die deutschen kriegsgefangenen Offiziere im Auftrage des engl. War-Office auszuhorchen, wie sie gesinnt seien. Von den dabei von diesem Herrn gemachten schriftl. Aufzeichnungen, die er an die Engländer auftragsgemäß weitergab, hing es ab, ob die POW überhaupt, oder evtl. früher oder später aus der Kriegsgefangenschaft entlassen wurden. Ich frage nun: War diese Spitzeltätigkeit dieses Herrn --der selbst kein Offizier und damals erst 36 Jahre alt war --nicht ähnlich derjenigen des Kemritz? Der einzige Unterschied dürfte dabei nur der sein, daß Kemritz verbrecherischer Spitzel für die Sowjets, der andere Herr, Spitzel für die Engländer war bei dem gleichen Beweggrund für diese unehrenhafte Tätigkeit: Habsucht, persönliche Vorteile, Silberlinge. Ich verfehle nicht, anzunehmen, daß jeder Deutsche, ja jeder Mensch die Spitzeltätigkeit des genannten Herrn in England, wobei es für ihn um Silberlinge und persönliche Vorteile ging, als unehrenhaft bezeichnen wird. Umso überraschter muß man sein, daß höchste Herren in Bonn und hier vor allen Herr Bundeskanzler Adenauer in diesem Falle einen "anderen Ehrenstandpunkt" einzunehmen, ja sogar genannte Spitzeltätigkeit als hinreichenden Befähigungsnachweis für das hohe Amt eines Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz für gut fanden. Herr Adenauer brach sogar im Bundestag für den Präsidenten und früheren englischen Spitzel, Herrn Dr. jur. Otto A.W. John, eine Lanze, indem er dessen Handlungsweise als lobenswert bezeichnete, als die SPD -Fraktion den Herrn Präsidenten dieserhalb angriff. Bis hierher sind alle meine vorerwähnten Angaben einwandfrei richtig, wofür Zeugen vorhanden; in nachfolgenden Ausführungen sind weitere Verdachtsmomente angeführt, für welche noch schlüssiges Beweismaterial beschafft werden muß.

In deutschen Zeitungen wurde Mitte Febr. 1952 ein kurzer Lebenslauf von Dr. John verbreitet, der von ihm selbst inspiriert ist :

In John's Lebenslauf heißt es:

Keine Einwände :

- A) John gehört zu dem Verschwör. Kreis des 20. Juli
- B) John ist heute 42 Jahre alt; er kam 19. Juli 44 nach Berlin war am 20. Juli 44 in der Befehlszentrale des Generals v. Witzleben, Berlin, Bentlerstr. konnte sich mit Mühe & Not retten, sein Bruder wurde erschossen.

- A₁) Beweis fehlt
- B₁) Da John heute 42 Jahre alt, war er am 20. Juli 34/35 Jahre alt. Nachweislich waren in den Putsch nur ältere Leute eingeseiht. Bei seinem Alter von 34/35 Jahren muß John damals Soldat oder UK-gewesen sein. (Siehe unten unter H) und H₁)

Im Lebenslauf heißt es :

Meine Einwände :

C) John flich im Flugzeug nach dem 20. Juli 44 nach Spanien

C₁) Nach dem 20. Juli 44 waren alle Grenzen Deutschlands hermetisch geschlossen, die Flugplätze, die Passagiere für Reisen in's Ausland strengstens überwacht; der Flugverkehr war teilweise tageweise eingestellt. Der Bruder von John war verhaftet, später wurde er erschossen. Und bei einer solchen Sachlage läßt die gefürchtete Gestapo Herrn Dr. John in aller Gemüthlichkeit ein Flugzeug nach Spanien besteigen, um abzuheben. Das kommt noch nicht einmal in einem Kriminalroman vor !

D) In Fortsetzung des Kriminalromanes macht sich Dr. John in Spanien durch gefärbte Haare unkenntlich, geht dann nach Portugal

D₁) Haarfärben kommt in Kriminalromanen und bei Karl Mai vor, auch beim Theater und im Film; eine Gestapo fällt darauf nicht herein. Warum die Haarfärberei erst in Spanien, da konnte ihm doch nichts passieren !

In R e m e r - Prozeß (März 52) gibt Dr. John als Zeuge an :
laut " Die Neue Zeitung "

E) Er sei nach der RÜhm-Affäre (30. Juni 34) in's Ausland gegangen. Später (wann?) sei er wieder nach Berlin zurück & dort mit General Beck, Egnstr. Gurdeler, von Harnack, Stauffenberg, Leber, Leuschner zusammengesessen.

E₁) Als John Juli/Aug. 34 in's Ausland ging war er ca 24 Jahre alt, als er später wieder zurückkam war er 29/30 Jahre alt; da war der junge Mann doch sicherlich Soldat; wie konnte er da so ohne weiteres mit Generälen, Bürgermeistern, Ministern, lauter Älteren Herren hochverräterische Pläne schmieden ? (Da stimmt doch etwas nicht !)

F) John flich am 24. Juli 44 nach Spanien, später nach Portugal

F₁) Siehe oben C₁

G) Mitte Okt. 44 wurde er in Portugal verhaftet, dann von den Alliierten nach England geflogen. Nach Mai 1945 kam ihm in Dienste des War-Office eine Akte der Gestapo über den 20. Juli 44 zu Gesicht

G₁) John hat sich also in Lissabon mit den Engländern angebiert, in England gab er beim War-Office an, er sei beim 20. Juli 44 dabei gewesen. Und daraufhin wurde er von War-Office als Spitzel aus Aushorchen der kriegsgefangenen Offiziere verwandt, was bewiesen ist.

In R e m e r - Prozeß gibt John laut Wiesbad.-Frier v. 8.3.52 wei-
ter an:

H) Dr. John hat damals (20. Juli 44) dem von Remer befehligten Wachregiment Berlin angehört

H₁) Siehe oben E₁ und E₁ und B
Wie kann John dem Wachregiment angehört haben; laut Lebenslauf kam er einen Tag vor dem 20. Juli nach Berlin. Wenn er beim Wachregiment Berlin war, war er doch

schon immer in Berlin. Wie war es möglich, daß er mit Generälen in G.Ados verkehrte? Welchen milit. Rang hatte er? Hat alles dies den Staatsanwalt nicht interessiert? Waren denn Witzleben, Stauffenberg, Beck wahrhaftig?

Soweit ich als Nicht-Kriminalist die Angelegenheit beurteilen kann, wurden von Dr. Adenauer und dem in Frage kommenden Referenten bei der Anstellung des Dr. John folgende Fragen nicht geklärt:

- 1.) War und ist für Herrn Bundeskanzler die erschlossene Beschäftigung von Dr. John im War-Office als Spitzel gegenüber tausenden Kriegsgefangenen nicht eine ganz elende, hundsgemeine Handlungsweise gewesen, die für Bonn Veranlassung hätte sein müssen, Dr. John sofort mit Schimpf und Schande davon zu jagen? Wenn John als War-Office-Spitzel eine "weiße Weste" hat, wie Herr Bundeskanzler angibt, dann haben Kemritz und Robert Kempner ebenso "weiße Westen", dann wäre auch Herr Kemritz als Präsident des Amtes für Verfassungsschutz sehr sehr geeignet.
 - 2.) Warum kamen den Referenten in Bonn bei der Prüfung der Unterlagen des Herrn Dr. John keine gelinden Zweifel? Ist er so wirklichkeitsfremd, daß er das unsinnigste Zeug glaubt?
 - 3.) Warum wurde nicht folgendes geklärt?
 - a) Wann ging Dr. John 1934 in's Ausland und wohin ging er?
 - b) Wann und von wo kam er wieder nach Berlin zurück?
 - c) Wie konnte er am 24. Juli 1944 aus Deutschland fliehen?
 - d) Lt. eigenen Angaben kam er 19. Juli 44 nach Berlin. Im Remer-Prozess sagt er: er sei damals beim Wachregiment Berlin als Soldat gewesen. Das ist doch ein glatter Widerspruch. Wie konnte er fliehen? Da muß er doch desertiert sein? Hat das niemand gemerkt? Auch Remer nicht? Waren die Grenzen nicht hermetisch geschlossen?
 - e) Wo war John vor dem 19. Juli 1944?
 - f) Ist die Erschießung seines Bruders geklärt? Wenn dies stimmt, dann wären laut Verbrecher Himmler, Herr Dr. John unter Himmler's Familienrache gefallen. Damals war John (eigene Angaben)
 - 1.) Deserteur des Wachregimentes Berlin
 - 2.) Witzleben-Putschist in engster Verbindung mit Generälen, Minister, mit Oberst v. Stauffenberg, Leuschner usw.
 - 3.) Ein Bruder eines Witzleben-Putschisten, der erschossen wurde.
- Und einen solchen Mann läßt die gefürchtete Gestapo im Flugzeug 4 Tage nach dem Putsch flüchten?
- g) In England biederert er sich bei den Engländern an und wird dann als War-Office-Spitzel und Judas-Ischariot gegen kriegsgefangene Soldaten verwendet.

- 4 -

Indem ich Ihnen vorstehende Angaben übermittle, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie dieselben überprüfen & anschließend weiteres veranlassen wollten. Zu einer Mithilfe & einer evtl. notwendigen Besprechung in München stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung. Ich versichere Ihnen, daß ich der Angelegenheit vollkommen objektiv gegenüberstehe und nur insoweit daran interessiert bin, als es mir dringend erforderlich erscheint, daß in allen Bundes- & Regierungsämtern nur tadel- und einwandfreie Beamten beschäftigt sein können. Ich selbst stellte bereits fest, daß ein Otto John unterm 13.9.35 bei der Rechts- & Staatswissensch. Fakultät der Universität Marburg promovierte & seinen Dr. jur. auf Grund der Dissertation machte: "Der Rechtsbehelf zur Wahrung der Rechte Dritter im Vollstreckungsverfahren." Weiterhin führte ich mit ihm laut Anlagen 1 bis 4 einen Schriftwechsel, der zu einer persönlichen Besprechung am 28. Januar 1952 in Köln führte. Auch wenn mein Verdacht, daß John niemals Widerstandskämpfer gewesen sein kann, sich evtl. nicht bestätigen sollte, so ist allein die unwiderlegbare Tatsache, daß er 1946/47 sich als Entnazifizierungsspitze gegen deutsche Kriegsgefangene Soldaten betätigte, Grund genug dafür, Dr. John für jegliche Beamten- und Angestelltentätigkeit bei der Bundesregierung und sonstigen staatlichen Stellen als vollkommen untragbar und unmöglich zu bezeichnen. Ich verweise noch auf folgendes: Sollte der Präsident John mit dem Dr. jur. ~~Otto~~ John von Marburg personengleich sein, so war er Mitte Sept. 35 bei seiner Promovierung noch in Marburg entgegen seiner eidesstattlichen Erklärung im Remer-Prozess (siehe oben, Buchstaben E und El), wonach er nach der Röm-Affäre, 30. Juni 34 in's Ausland gegangen wäre.

Nachdem wir, unter dem Eindruck der Ost-Gefahr auf dem Wege zur Bildung einer Europa-Armee sind, haben es alle deutschen Landesregierungen für notwendig erachtet, die von ihnen von 1945 bis 1949 unterstützte Diffamierungspolitik des deutschen Soldaten durch die früheren Feindmächte aufzugeben. Und wenn nun der deutsche Soldat, zu Gnaden gekommen, notfalls Deutschlands Sicherheit wieder zu verteidigen hat, so ist es für ihn unabdingbare Forderung, daß ein Spitzel im Dienste des Auslandes, wie der hochmögende Präsident Dr. jur. John, der 1946/47 gegen persönliche Vorteile und einige Silberlinge deutsche Soldaten verriet, aus den Diensten der deutschen Bundesregierung so rasch als möglich ausscheidet.

Indem ich annehme, daß Sie mir hierin recht geben, sehe ich baldiger Antwort mit Interesse entgegen

Hochachtungsvoll

gez.: Otto B e t z

-- 4 Anlagen --



Die Richtigkeit vorstehender
Abschrift - ~~Merkmal~~ bestätigt
Neckargemünd, den 10. Sep. 1954

Der Bürgermeister

F. A. Bruns

Katholischer

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 3490/65	Best. 25 1842
Rep.	Kat.

R E V U E
die Weltillustrierte

Kindler und Schiermeyer Verlag G.m.b.H.

München 9, Harthausen Straße 50, Tel. 49 22 21

München, den 20. 5. 1952

Dr.L./ Bn

Herrn

Otto B e t z

Major a.D.

H o r n über Radolfzell

Sehr geehrter Herr Major ,

hiermit bestätige ich den Empfang Ihres Briefes vom 10. Mai mit den mitgesandten Unterlagen.

Leider sind wir nicht in der Lage, das von Ihnen angeregte Thema aufzugreifen, da wir in letzter Zeit so viele politische Themen behandeln haben, daß wir trotz unseres guten Willens in nächster Zeit etwas kürzer treten müssen. Aus diesem Grunde bedaure ich, auf Ihren Vorschlag nicht weiter eingehen zu können. Ich danke Ihnen aber für Ihr freundliches Interesse an der Revue und für das gute Urteil, das Sie über unsere journalistische Arbeit haben.

Mit vorzüglicher Hochachtung

KINDERL UND SCHIERMEYER VERLAG GMBH

GEZ: Hans Lehmann

Dr. Hans Lehmann

(Chefredakteur)

Anlage:
 4 Briefe



Die Richtigkeit vorstehender
 Abschrift - Unterschrift bestätigt
 Neckargemünd, den 9. Sep. 1954

Der Bürgermeister
J. H. Pross

Kassierender

Nachschrift : Am 24. Juli 1954 telegraphierte mir die "Revue", ich möchte ihr mein Material gegen John zur evtl. Veröffentlichung in der "Illustrierten" übersenden. Da die Münchner Herren am 20. Mai 1952-- als es noch Zeit war, dem Verfassungsschützer das Handwerk zu legen -- nicht den Mut fanden, mich im Kampf gegen den Spitzel John zu unterstützen, so dachte ich bei Empfang des Telegramms lediglich an Götz v. Berlichingen und behielt meine Unterlagen für mich.

Hochachtung

24

Otto Betz

Denkschr. v. l. l. 52 betr. Sicherung dt. Rundfunkstationen.

Bl. 25

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-1842-29

Strenge Vertraulichkeit	
Institut für Zeitgeschichte	
ARCHIV	
Akz. 3490/65	Bes. 25 1842
Rep. /	Kat.

Otto B e t z, Major a. D. Horn, den 1. Januar 1952 am Bodensee.

Betreff: Sicherung deutscher Rundfunkstationen vor rechts-oder links-radikalen Gegnern der Bundesregierung.

Ein moderner Staat ist heute ohne ein gutausgebautes Fernmelde-Netz nicht mehr denkbar, auch im Frieden nicht. Neben den Fernverbindungen, vermittelt durch die Post und der Eisenbahn, sind heute Telefon, Telegraph und Rundfunk derart zu rascher und sicherster Nachrichtenübermittlung eingeschaltet und mit der gesamten Volkswirtschaft verzahnt, daß es eine Katastrophe bedeutete, wenn nur eine dieser Nachrichtenmittel ausfiel. Schlimmer wäre dies noch, während eines Krieges.

Von diesen Überlegungen ausgehend, haben die diktatorischen Machthaber der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und hier Josef Göbbels und Heinrich Himmler schon zu Beginn des letzten Weltkrieges eine großangelegte Organisation geschaffen -- in der Öffentlichkeit kaum gekannt und beachtet -- um den Rundfunk nicht nur in allen von den Nationalsozialisten beherrschten Ländern auszubauen, sondern dieses modernste Nachrichtennetz gegen alle Störversuche, gleichgültig, von welcher Seite solche kommen sollten, zu schützen. Daher wurde aus geeignet erscheinenden Angehörigen der SS ein SS-Senderkommando in Bataillonsstärke mit dem Sitz in Berlin aufgestellt. Dieses Bataillon -- man nannte es natürlich "Sturmbann" -- diente als Ersatztruppenteil für die kleinen, aber schlagkräftigen und gut bewaffneten Rundfunksender-Sicherungskommandos. Hier wurden die Ersatzmannschaften technisch so ausgebildet, daß sie erforderlichen Falles jederzeit die Sender bedienen und etwaige Störungen beseitigen konnten. Göbbels und Himmler wußten nur zu genau, daß die nationalsozialistische Gewaltherrschaft, wollte sie an der Macht bleiben, alle Fernmeldemittel, in erster Linie den Rundfunk, fest in der Hand behalten und sich ihrer als wichtige Nachrichtenmittel bedienen müsse.

Trotz der Fürsorge, welche die Nationalsozialisten dem Rundfunk angedeihen ließen, trotz der bis in's einzelne gehenden Wachvorschriften für die Angehörigen der SS-Sonderkommandos, gelang es im Herbst 1943 einem Offizier aus den Reihen der Widerstandskämpfer, zwei wichtige Sender, den Frankfurter und den Saarbrücker --- mit den SS-Wachmannschaften als willige Werkzeuge --- in seine Hand zu bekommen, um im Falle eines Militärputsches die zwei Sender sofort für die Militärregierung benutzen zu können. Auf welche Art und Weise dies gelang, soll ggf. einer später erfolgenden, genauen Schilderung vorbehalten bleiben --- die Hauptsache war und ist, daß hier zwei gut ausgebildete SS- Kdos. in ihrem Dienste für ihren "Führer" versagten. Und das was 1943 einem einzigen, wagemutigen Soldaten in 2 Fällen unter außerordentlich schwierigen, lebensgefährlichen Umständen gelungen war, das dürfte heute ein Kinderspiel sein. Daher glaube ich aussprechen zu dürfen, daß die Gefahr einer Sabotage oder einer gewaltsamen Übernahme sämtlicher deutscher Sender durch Feinde der Bundesregierung außerordentlich groß ist. Damit wäre die Möglichkeit des Gelingens eines Rechts-oder Linksputsches mit weittragenden Folgen, nicht allein für Deutschland, gegeben. Besten Falles & zwar dann, wenn der Putsch nach kurzer Zeit durch Generalstreik usw. abgewehrt werden würde, müßte man mit der Zerstörung sämtlicher Rundfunkstationen -- einem Milliardenverlust -- rechnen.

Indem ich mich nun einerseits anheischig mache, jeden, aber auch jeden Rundfunk ohne viel Gewalt, ohne Blutverlust & großen Apparat in meine Hand zu bekommen, suchte ich andererseits nach Wegen, Rundfunksender ausreichend zu schützen. Möglichkeiten sind hierfür gegeben.

Otto Betz

26-1002-30

Schr.v.18.5.54 betr.Errich-
tung v.Schutzonen f.Zivil-
personen.

Bl. 26

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Streng vertraulich !

Betreff: IV. Konvention des Internationalen Rotes Kreuzes
in Genf vom 12. Aug. 49 über den Schutz von Zivil-
personen in Kriegszeiten.

Schon seit längerer Zeit beschäftige ich mich mit der Möglichkeit der Errichtung von Schutzzonen für Zivilpersonen in Kriegszeiten gemäß den Bestimmungen der IV. Internationalen Genfer Konvention. Um dabei weiter zu kommen, hatte ich Verbindung mit dem in dieser Angelegenheit federführenden Bundesministerium des Innern, Herrn Referenten Ministerialrat Frh. v. Fritsch aufgenommen, mit welchem ich am 29. April 1954 eine eingehende Aussprache hatte. Inzwischen ist nun-- wie wohl allgemein bekannt-- diese Konvention Anfang Mai 1954 in Bonn in feierlicher Weise ratifiziert worden.

Im Zusammenhang mit dieser Materie dürfte für das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen die in vertraulicher unter der Hand gemachte Feststellung von Wichtigkeit sein, wonach für die Grenzbevölkerung des deutschen linksrheinischen Gebietes und unter anderem auch für die Saarbevölkerung seitens der amerikanischen Besatzungsmacht bezüglich des Schutzes der dort ansässigen Zivilbevölkerung genaue Pläne ausgearbeitet sind, wonach im Falle die Zivilisten der gefährdeten Gebiete ohne Rücksicht auf deren Nationalität samt und sonders nach Südfrankreich evakuiert werden sollen. Soweit die Saarbevölkerung bei dieser Evakuierung nach Frankreich in Frage kommt, wäre wohl die Frage zu prüfen, ob diese für die deutsche Saarbevölkerung unerfreuliche Tatsache nicht propagandistisch sehr gut zu verwerten wäre und ob es nicht zweckmäßig wäre im Bundesgebiet Schutzzonen für die Aufnahme sowohl der bundesdeutschen Grenzbevölkerung, als auch der Saarländer zu bestimmen und einzurichten.

Ich bin eben dabei für eine andere Stelle bezüglich Festlegung geeigneter Schutzzonengebiete diese Fragen eingehend zu prüfen und wäre für gefl. Mitteilung dankbar, ob man dort für diese Angelegenheit Interesse hat. Ich halte die Angelegenheit insbesondere für das Saargebiet für sehr wichtig, sodaß man unsere saarländischen Freunde darüber unterrichten müßte.

Handwritten signature

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 3490/65	Best. 251842
Rep. -	Kat.

Söruohkammerbescheid v.
27.6.48 m.15 eidesstattl.
Erklärungen.

B1. 27 - 43

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-1842-33

A b s c h r i f t .

A u s f e r t i g u n g .

Die Spruchkammer -197a -
Aktenzeichen: W 27317/197a/ 5319

Wiesbaden, den 27. Juli 1948

Auf Grund des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 erläßt die Spruchkammer Wiesbaden-197a- bestehend aus

- 1. Herrn Theodor B u s s e als Vorsitzender
- 2. Herrn B a u m
Herrn S c h e e r als Beisitzer
- 3. ----- als Öffentlicher Kläger
- 4. ----- als Protokollführer

gegen den Bauunternehmer Otto B e t z, geb. 16. IV. 85., wohnhaft z. Zt. H o r n über Radolfzell a. Bodensee, Haus 164

----- im schriftlichen Verfahren ----- folgenden

S p r u c h :

Der Betroffene wird in Gruppe 5- Entlastete - eingereiht. Die Kosten des Verfahrens fallen der Staatskasse zur Last. Streitwert DM 6000.-

gez. Theodor Busse

gez. Baum
Scheer

Begründung .

Nach der Erklärung vom 16. Sept. 46 war der Betroffene Mitglied der NSDAP von Sept. 34 bis Jan 44, ohne Amt und gilt somit nach Teil A, Abschnitt D II, Ziffer 4 der Anlage zum Befr. G gemäß Artikel 10 zufolge Gesetzesvermutung als Belasteter.

Lt. BDC-Request vom 30. I. 48 (Bl 17) war Betz bereits seit dem 1. X 30 Mitglied der NSDAP. Der Betroffene gibt in der Anlage zu seinem Meldebogen an, schon 1933 mit der Nazi-Opposition im Kriegsministerium in Fühlung gestanden und von dieser (Admiral Canaris) veranlaßt worden zu sein, zur Tarnung seiner Widerstandstätigkeit mit der Partei in Verbindung zu treten (Bl. 3 u. 7 - 7b). Er ist, wie er ausführt, unmittelbar nach dem Röhmputsch verhaftet worden & war mehrere Wochen im K.-Z.-Lager Columbia-Haus Berlin.

Zum Beweis seiner feindlichen Haltung, bzw. aktivem Widerstand gegenüber dem nationalsozialistischen Regime führt B. ferner an :

- 1.) Verhaftung wegen Beleidigung Hitlers
- 2.) Ausarbeitung eines Planes zur Gefangensetzung des Gauleiters Bürkel (September 43)
- 3.) Sept, 43 und Sept. 44 Erkundung der Sender Frankfurt/M und Saarbrücken für den Fall einer möglichen Bemächtigung derselben durch die Widerstandsgruppe.
- 4.) Verbreitung eines Aufrufes im Sept.-Okt. 44 "An das deutsche

Institut für Geschichte	
Akz. 3490/65	ZS 1842
Rep.	

betrifft:

Ihr Schreiben v.

Volk" mit der Aufforderung zur Bildung einer "einstweiligen neuen deutschen Regierung "

- 5.) Wegen Vorladung zur Gestapo im Nov. 1944, Flucht nach Saarlautern, um sich hier bis zum Einrücken amerikanischer Truppen versteckt zu halten.
- 6.) Beschaffung von Waffen und Munition für eine Widerstandsgruppe.

Bestätigt werden die angeführten Fälle :

2,3 u.4)	Durch die Bescheinigung von Robert Kuftner (Akt.Bl. 8)
1,2,3,4,u.5)	" " " " Dr.Wulphila Schoppa-Prinz (Bl.9)
1)	" " " " Landgerichtsrat Laux (Akt.Bl.10)
2,3,4,5.u.6)	" " " " Gottlieb Thäter (Akt Bl.11)
5)	" " " " Margot Sauter (Akt Bl.12)
3,5, u.6	" Schreiben des Robert Wetz v.11.6.48 (Akt Bl. 20)

Es ist dem Betroffenen zu glauben, daß seine Gesundheit durch den geleisteten Widerstand und seine Inhaftierung Schaden genommen hat.

Auf Grund des Ergebnisses der Beweisaufnahme hat Betz nach dem Maß seiner Kräfte aktiv Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft geleistet und dadurch Nachteile erlitten.(Art.13). Er war daher in Gr der Entlasteten einzureihen.

Die Kosten des Verfahrens fallen der Staatskasse zur Last.

Stempel :
Hessisches Staatsministerium
Der Minister für polit.Befreiung
Spruchkammer Wiesbaden

gez. Theodor Busse
Ausgefertigt 4586
den 29.7.48
gez. Unterschrift (unleserlich)

Die Richtigkeit der Abschrift von der Originalausfertigung

bestätigt :

H o r n über Radolfzell, den 22. Juli 1949

Das Bürgermeisteramt



Bürgermeistr

Wiesbaden 6. März 1946

B e s c h e i n i g u n g . 1)

Herrn Betz kenne ich seit Anfang 1937 als Antinazi auf der Dienststelle sowohl, als auch im Privatverkehr von Haus zu Haus. Aus diesem Grunde schloß ich mich Betz sowohl auf der Dienststelle, wie im privaten Verkehr mit meiner Familie an, an, an häufige Aussprachen gegen die Nazis, hörten feindliche Rundfunksender usw.

Im Laufe der Zeit weihte mich Betz in die Ziele seiner schon 1934 im Geheimen aufgezogenen Untergrundbewegung gegen den Nazismus ein und fuhr im Herbst 1943 (1943) mir Betz nach Neustadt a. Haardt um daselbst eine Ortsbesichtigung zwecks illegaler Befangnahme des Gauleiters B u e r c k e i l durchzuführen.

Betz hat mir fernerhin und mit Hilfe von Unteroffizier Hellbach nach dem Witzlebenputsch vom 20. Juli 1944 einen Aufruf gedruckt und verbreitet mit der Aufforderung an das deutsche Volk die Hitlerregierung zu stürzen und eine neue Regierung zu bilden.

Im September oder Oktober 1943 hat Betz den Reichssender Frankfurt a. Main und September 1944 den Reichssender Saarbrücken erkundet, um bei einem gegen Hitler gerichteten Putsch die Sender gewaltsam zu übernehmen.

Ich bin bereit die Richtigkeit obiger Angaben durch Eid zu bestätigen.

gez. Robert Kuftner
Wohnung Wiesbaden, Yorckstr. 8

Die Richtigkeit obiger Abschrift bestätigt :
H o r n ü b Radolfzell, den 10. Mai 1953

Das Bürgermeisterei Horn

Bürgermeister



Ich bestätige :

1. Daß Herr Betz im Winter 1941/42 wegen schwerer Beleidigung Hitlers (Vergehen gegen das Heimtückegesetz) vor das Kriegsgericht Wiesbaden kam.
2. Daß Herr Betz im September 1943 Pläne zur Gefangennahme der Gauleiter Bürckel und Sprenger ausarbeitete und zur Vorberäitung dieser Pläne mit einem Mitverschworenen (Ing. Kuftner) nach Neustadt a.H. fuhr ,um dort eine Ortsbesichtigung vorzunehmen.
3. Daß Herr Betz im September 1943 den Reichssender Frankfurt und im September 1944 den Reichssender Saarbrücken erkundete, um sich dieser Sender mit Gewalt zu bemächtigen.
4. Daß Herr Betz im Sept.-Oktober 1944 einen hochverräterischen Aufruf zur Bildung einer "einstweiligen neuen deutschen Regierung" verbreitete.
5. Daß B. im November 1944 wegen Vorladung zur Gestapo nach Saarbrücken-Saarlautern flüchtete und sich hier bis zur Ankunft amerikanischer Truppen im Hause eines Bekannten versteckt hielt.

Den 6.III. 1946

gez.:
Dr. phil. Wulfhild Schoppa-Prinz
Wiesbaden, Magedburgstr.1/1

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt :

Horn üb. Radolfzell, den 10. Mai 1953

Das Bürgermeister amt Horn



Bürgermeister

Engelmann

Eidesstattliche Erklärung. 3)

Ich erkläre eidesstattlich, daß Herr O. Betz meines Wissens nur nominelles Mitglied der NSDAP war, keinerlei Ehrenämter hatte, noch irgendwelche Vorteile durch die Mitgliedschaft. Seine gegnerische Einstellung war derart negativ, daß er zu keiner Zeit die NSDAP durch seine Tätigkeit oder durch finanzielle Zuwendungen gefördert haben kann.

Da die Spruchkammer Wiesbaden in ihrem Spruch Herrn Betz in Gruppe 5 --Entlastete -- einreichte, kann die Spruchkammer niemals eine Förderung der Partei durch Herrn Betz angenommen, festgestellt oder als Schlußfolgerung aus frühzeitiger Zugehörigkeit zur NSDAP gezogen haben.

Bezüglich des von Herrn Betz nach dem Witzlebenputsch herausgegebenen Flugblattes, in welchem Betz zur Beseitigung des Hitler-Regimes aufforderte, bezeuge ich, daß Betz das Paket mit etwa 800 Flugblättern vor der Versendung derselben mir zur Aufbewahrung in meiner Wohnung, Wiesbaden, Mgdeburgstraße 1 übergeben hatte, weil ihm die Aufbewahrung in seiner eigenen Wohnung zu unsicher schien.

Wiesbaden, den 30. August 1953

Wulfhild Schoyja

Eidesstattliche Erklärung. 3a)

Ich erkläre eidesstattlich, dass Herr O. Betz meines Wissens nur nominelles Mitglied der NSDAP war, keinerlei Ehrenämter hatte, noch irgendwelche Vorteile durch die Mitgliedschaft. Seine gegnerische Einstellung war derart negativ, dass er zu keiner Zeit die NSDAP durch seine Tätigkeit oder durch finanzielle Zuwendungen gefördert haben kann.

Da die Spruchkammer Wiesbaden in ihrem Spruch Herrn Betz in Gruppe 5 -Entlastete - einreichte, kann die Spruchkammer niemals eine Förderung der Partei durch Herrn Betz angenommen, festgestellt oder als Schlussfolgerung aus frühzeitiger Zugehörigkeit zur NSDAP gezogen haben.

Bezüglich des von Herrn Betz nach dem Witzlebenputsch herausgegebenen Flugblattes, in welchem Betz zur Beseitigung des Hitler-Regimes aufforderte, bezeuge ich, dass Betz das Paket mit etwa 800 Flugblättern vor der Versendung derselben mir zur Aufbewahrung in meiner Wohnung, Wiesbaden, Magdeburgerstrasse 1 übergeben hatte, weil ihm die Aufbewahrung in seiner eigenen Wohnung zu unsicher schien.

Wiesbaden, den 30. August 1953

Beglaubigt:

gez. Dr. Wulfhild Schoppa

Rechtsanwalt

Ich bestätige, daß Herr B e t z im Frühjahr 1943 seine inzwischen verstorbene Schwester, welche ihm den Haushalt führte, veranlaßte, mit seinem Hausrat von Wiesbaden an den Bodensee zu ziehen. Er selbst blieb in Wiesbaden; hier verschaffte er sich Beutekarabiner aus Italien mit Munition; dann fuhr er mit einem Kameraden nach Neustadt a.d. Weinstraße, um hier Vorbereitungen für die Verhaftung des Gauleiters Bürckel zu treffen; später fuhr er nach Frankfurt/M., um den dortigen Reichsrundfunksender aus der SS - Rundfunksonderwache herauszulösen und ihn in eigene militärische Bewachung zu übernehmen. Den Umzug bewerkstelligte Betz nach seiner damaligen Aussage deshalb, um 1.) seine Schwester aus seinen seit Jahren betriebenen gegen die Naziregierung gerichteten Widerstandsmaßnahmen, die evtl. böse Folgen für sie gehabt hätten, herauszuhalten und um 2.) im Urlaub am Bodensee geeignete Fluchtstellen für den Grenzübertritt in die Schweiz zu erkunden.

Ich bestätige weiterhin, daß Betz mich im Herbst 1944 auf meine Bitten hin mich mit meinem Sohne Peter zu meiner betagten Mutter nach Hamm / Wfl. begleitete. Betz teilte mir damals mit, daß er nur ganz wenig Zeit habe; er habe bereits alles für seine Flucht vorbereitet, die Gestapo habe ihn bereits vorgeladen und er vermute, daß es sich um den Druck und Verbreitung des gegen Hitler gerichteten Flugblattes handle. Wir -- mein Sohn, ich und Betz -- fuhren in aller Eile nach Hamm und am nächsten Tag wieder nach Wiesbaden zurück. Hier verabschiedete sich Betz von mir und ich sah ihn erst nach seiner Entlassung aus der englischen Schutzhaft nach langen Monaten wieder. Wie ich später hörte, war Betz kurz darauf in's Saargebiet zu amerikanischen Truppen geflüchtet.

Weiterhin bestätige ich, daß Betz nach seinem Kriegsgerichtverfahren wegen Vergehens gegen das Heimtückegesetz später von der Kreisleitung Wiesbaden die Mitteilung bekam, daß er aus der Partei ausgeschlossen werde, daß weiterhin die Parteileitung die Disziplinarstrafe als zu gering, nicht anerkenne und er eine spätere Bestrafung vor dem Parteigericht zu erwarten habe. Bei dieser Mitteilung zeigte mir Herr Betz das diesbezügliche Schreiben der Kreisleitung.

Wiesbaden, den 16. August 1953

Dr. Wilfried Schoppa

Beglaubigte Abschrift

Eidesstattliche Erklärung. 4a)

Ich bestätige, dass Herr Betz im Frühjahr 1943 seine inzwischen verstorbene Schwester, welche ihn den Haushalt führte, veranlasste, mit seinem Hausrat von Wiesbaden an den Bodensee zu ziehen. Er selbst blieb in Wiesbaden; hier verschaffte er sich Beutekarabiner aus Italien mit Munition; dann fuhr er mit einem Kameraden nach Neustadt a.d. Weinstrasse, um hier Vorbereitungen für die Verhaftung des Gauleiters Bürkel zu treffen; später fuhr er nach Frankfurt/M. um den dortigen Reichsrundfunksender aus der SS - Rundfunksender-Wache herauszulösen und ihn in eigene militärische Bewachung zu übernehmen. Den Umzug bewerkstelligte Betz nach seiner damaligen Aussage deshalb, um 1.) seine Schwester aus seinen seit Jahren betriebenen gegen die Naziregierung gerichteten Widerstandsmassnahmen, die evtl. böse Folgen für sie gehabt hätten, herauszuhalten und um 2.) in Urlaub am Bodensee geeignete Fluchtstellen für den Grenzübertritt in die Schweiz zu erkunden.

Ich bestätige weiterhin, dass Betz im Herbst 1944 auf meine Bitten hin mich mit meinem Sohn Peter zu meiner betagten Mutter nach Hamm/Wfl. begleitete. Betz teilte mir damals mit, dass er nur ganz wenig Zeit habe; er habe bereits alles für seine Flucht vorbereitet, die Gestapo habe ihn bereits vorgeladen und er vermute, dass es sich um den Druck und Verbreitung des gegen Hitler gerichteten Flugblattes handle. Wir - mein Sohn, ich und Betz - fuhren in aller Eile nach Hamm und am nächsten Tag wieder nach Wiesbaden zurück. Hier verabschiedete sich Betz von mir und ich sah ihn erst nach seiner Entlassung aus der englischen Schutzhaft nach langen Monaten wieder. Wie ich später hörte, war Betz kurz darauf ins Saargebiet zu amerikanischen Truppen geflüchtet.

Weiterhin bestätige ich, dass Betz nach seinem Kriegsgerichtsverfahren wegen Vergehens gegen das Heimtückegesetz später von der Kreisleitung Wiesbaden die Mitteilung bekam, dass er aus der Partei ausgeschlossen werde, dass weiterhin die Parteileitung die Disziplinarstrafe als zu gering, nicht anerkenne und er eine spätere Bestrafung vor dem Parteigericht zu erwarten habe. Bei dieser Mitteilung zeigte mir Herr Betz das diesbezügliche Schreiben der Kreisleitung.

Wiesbaden, den 16. August 1953

gez. Dr. Wulfhild Schoppa

Beglaubigt :

A. Künzler

Rechtsanwalt

Institut für

Rob. Wetz, Wiesbaden in seinem Schreiben vom 11. Juni 1948 an die Spruchkammer Wiesbaden :

" Ich bin im Jahre 1943 dem Wehrwirtschaftsoffizier im Wehrkreis-
" kommando XII zugeteilt worden. Mein seinerzeitiger Vorgesetzter
" war der oben genannte Major Betz. Ich kann an Eidesstattaussa-
" gen, daß derselbe der größte Gegner der NSDAP gewesen ist, wie
" das auch allgemein bei der Rüstungsinspektion in der Lessing-
" straße 16 ,bei welcher sich diese Dienststelle befand, bekannt
" war. Obiger Otto Betz hat nie mit "Heil Hitler " begrüßt bzw.
" geantwortet und war ein derartiger Gegner, daß er des öfteren
" von seinen Vorgesetzten bzw. von seinen Untergebenen auf die
" Gefahr aufmerksam gemacht wurde, der er sich durch sein Verhalten
" der NSDAP gegenüber aussetzte.

" Herr Otto Betz hat mich und 2 oder 3 weitere Soldaten s. Zt.
" darauf aufmerksam gemacht, daß er eine Sabotage gegen die NSDAP betri-
" eben wollte und daß er dieselbe durch Waffengewalt stürzen
" wollte. Zu diesem Zwecke bezog er durch einen Offizier in Ita-
" lien Gewehre und Munition, die er mir zur Aufbewahrung übergab
" und zwar mit dem Hinweis, daß wir diese Waffen für den Umsturz
" verwenden wollten.

" Weiterhin ist mir bekannt, daß Herr O. Betz in seiner Eigen-
" schaft als Major des Wehrwirtschaftskommandos den Frankfurter
" sender besichtigte, um später zu gegebener Zeit ihn außer Be-
" trieb zu setzen.

" Auf Grund seiner Einstellung und dem vorbildlichen Beneh-
" men gegenüber den unteren Mannschaften, wurde Herr Betz, soviel
" mir bekannt im Jahr 1945 von der Wehrmacht beurlaubt und er
" ging daraufhin in das Saargebiet , um als erster die Besatzungs-
" truppen zu empfangen.

" Es ist mir weiterhin bekannt, daß die NSDAP obigen Otto Betz
" des öfteren suchte, um denselben zu belangen.

" Ich selbst kann obige Angaben unter Eid aussagen. "

gez.: Rob W e t z .

Eidesstattliche Erklärung. (6)

Ich erkläre an eidesstatt, daß Herr B e t z lange Jahre in der von meinem Vater, Oberregierungsrat a.D.Dr. Ritter von Eberlein eingerichteten und geleiteten amtlichen Abwehrstelle gegen die Abtrennungsversuche deutschen Gebietes durch die Franzosen und Separatisten führend mitarbeitete. Als diese Abwehrstelle auf Verlangen der alliierten Mächte zweimal aufgelöst werden mußte, wurde sie von etwa 1924 /1925 ab getarnt unter der Firma Holzbautenvertriebsgesellschaft, Neckargemünd, Inhaber Dr. Ritter von Eberlein und Otto B e t z weitergeführt, bis die Besetzung des linksrheinischen deutschen Gebietes aufgehoben wurde.

Seit Winter 1953 arbeitet Herr Betz für den Herrn Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen in Bonn gegen die Abtrennungsversuche des Saargebietes durch die französische Regierung und die separatistische sogenannte Regierung in Saarbrücken.

Soweit mir bekannt ist, war Herr B e t z nur nominelles Mitglied der NSDAP.

Neckargemünd, den 31. August 1953

Juz. Louise Waldsch

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Kurt H o l l i d t
Oberst a. D.

Mannheim, den 3. September 1953
Augusta Anlage 14

Eidesstattliche Erklärung 7)

Ich bestätige hiermit an Eides Statt, daß Herr Otto B e t z, Neckargemünd, als seinerzeitiger Wehrwirtschaftsoffizier bei der Wehrwirtschaftsinspektion XII in Wiesbaden im Jahr 1944 an mich nach Bologna == ich war Rüstungskommandeur der Provinz Emilia ** schrieb und um Übersendung italienischer Beutekarabiner samt genügend Munition bat. Ich habe daraufhin Herrn Betz etwa 20 Karabinder mit Munition gut verpackt geschickt, deren Empfang mir Betz bestätigte. Obgleich mir Betz in seinem Schreiben nichts über den Zweck der Waffen schrieb, so wußte ich doch, daß er damit etwas außerhalb jeder militärischen Aktion Vorhatte. Die Einstellung des Herrn Betz gegen NSDAP und Hitler war mir nur allzu gut bekannt, sodaß es für mich kein Zweifel bestand, daß er die Waffen zu einer Befreiungsaktion gegen das Regime verwenden würde.

Es ist mir bekannt, daß Betz wohl nominelles Mitglied der NSDAP war, d.h. sein mußte, daß er aber viele Beweise seiner gegensätzlichen Einstellung ablegte.

gez. : Kurt Hollidt

Dr. Ernst M. Schreiber
Stud.- Direktor

Bingen-Büdesheim, den 29. 10. 1953
Rathausstraße 13

Büdesstattliche Erklärung. 8)

Der Unterzeichnete war von 1940 - 1945 Major und Adjutant bei der Rüstungsinspektion XII, Wiesbaden, Lessingstraße 16. Als engster Mitarbeiter des Generals dieser Dienststelle bestätige ich die Wahrheit des von Herrn Major a.D. B e t z, z.Zt. Neckargemünd, Bergstraße 12 beim Bundesinnenministerium Bonn angegebenen Tatbestandes:

Im Sommer 1944 erschien in der damaligen Wohnung des Major Betz, Wiesbaden, Klopstockstraße 24 plötzlich ein Gestapomann, um ihn zu vernehmen. Major Betz schöpfte Verdacht und benachrichtigte mich sofort bei der Adjutantur der Rüstungsinspektion XII. Darauf erwirkte ich bei General Rüggenmann die Erlaubnis, daß der genannte Offizier im Dienstgebäude, Lessingstraße 16 in einer Mansarde unter dem Dach wohnen durfte. Hier hatte B. nun vorläufig Schutz. Im September 1944 aber wurde B. von dem Leiter der Wiesbadener Gestapo fernmündlich zu einer Vernehmung in das Dienstgebäude der Gestapo, Paulinenstraße befohlen. Nachdem mich B. darüber unterrichtet hatte, besprach ich mit General Rüggenmann die Angelegenheit und sagte dann im Sinne der Vereinbarung mit dem General: "Betz seien Sie vorsichtig! Sie haben--wie auch ich--viel Breck am Stecken; gehen Sie zunächst nicht zur Gestapo, sollte die Gestapo aber nochmals anrufen und darauf bestehen, daß Sie zur Vernehmung kommen, dann benachrichtigen Sie, bevor Sie hingehen, mich, damit ich, wenn Sie nicht wieder kommen sollten, militärischerseits etwas für Sie tun kann."

Ich bestätige ausdrücklich, daß der genannte Offizier auf meinen dringenden Rat nicht zur Gestapo ging; vielmehr hat Major Betz, weil von der Gestapo heftig verfolgt, das Saargebiet aufgesucht, wo er dann gezwungen war, bei den amerikanischen Truppen Schutz zu suchen.

Zweifellos war B. einer der aktivsten antifaschistischen Offiziere in unserem Dienstbereich. Auch nach seiner Verabschiedung als Offizier aus politischen Gründen stand er mit uns in der Untergrundbewegung laufend in Verbindung.

Meine Teilnahme am "20. Juli 1944" ist laut Urteil der Spruchkammer Mainz vom 17. 8. 1949 -- Gesch.No.S.A. Reg. II, No.187/49-erwiesen.

gez. : Dr. Ernst M. Schreiber

ZS-1842-44

A b s c h r i f t .

Eidesstattliche Erklärung. 9)

Die amtliche bayerische Abwehrstelle des Bayer. Staatsministeriums des Äußern in München gegen Übergriffe der französischen Besatzungstruppen in der bayerischen Pfalz und gegen Separatismus wurde ab 1919 von Prof. Dr. Ritter von Eberlein geleitet. Die Abwehrstelle führte von 1919 bis 1927 folgende Namen und Tarnbezeichnungen :

- 1.) Dr. Ritter, Hotel National, Mannheim
- 2.) "Pfalzzentrale " Mannheim, später Kohlhof, später Heidelberg
- 3.) Heidelberger Wohlfahrtsstelle, Heidelberg, Schillerstrasse 40
- 4.) August Müller Nachf. Mannheim C2/ 16
- 5.) Haupthilfsstelle für die Pfalz, Heidelberg, Klingenteich 2
- 6.) Haupthilfsstelle für die Pfalz, Neckarsteinach
- 7.) Industriebedarf- und Holzbautenvertriebs GmbH. Neckargemünd

Die Abwehrstelle mußte während ihres Bestandes auf Befehl der HCITR (Haute Commission Interalliée des Territoires Rhénanes) zweimal aufgelöst werden; sie wurde jedoch sofort unter einer anderen Tarnbezeichnung weitergeführt. Ich selbst war bei der Abwehrstelle vom 1. Oktober 1920 bis 30.9. 1922 tätig. Otto B e t z war bei der Stelle vom 1. Januar 1921 bis zu deren endgültigen Auflösung beschäftigt.

Bad Wimpfen
Erich Sailerstr.

gez.: Albert Maier

27. Februar 1954

A b s c h r i f t .

Eidesstattliche Erklärung 10)

Ich war in den 1920er Jahren bei der amtlichen bayerischen Abwehrstelle in Heidelberg tätig und bestätige, daß zu gleicher Zeit bei dieser Stelle als Angestellte beschäftigt waren :

Frau von Halle, geb. von Mossner
Robert Drexler, Kaufmann aus Birmasens und
als Übersetzerin im Nebenamt Fräulein von Mosener.

Die genannten drei Personen waren Juden.

Heidelberg - Wieblingen, den 25. März 1954
Neckarham 7

gez.: Fritz K e e s
Fritz K e e s , Heidelberg -
Wieblingen, Neckarham Nr. 7

Otto Ludwig
Professor

Wiesbaden, Wilhelminenstr 37

den 23. April 1954.

Eidesstattliche Erklärung. 11)

Ab Sommer 1942 war ich als Leiter der Zentralabteilung der Rüstungs-Inspektion XII, Wiesbaden, Vorgesetzter des Major Otto Betz und kann bestätigen, daß in den jährlich zu erstellenden Beurteilungen über die weitere dienstliche Verwendungsmöglichkeit niemals Nachteiliges über Betz ausgesagt wurde, die seine Nichtbeförderung zum Oberstleutnant hätte zur Folge haben können. Es wurde vielmehr bestätigt, daß Betz seine Dienststellung voll und ganz ausfülle und daß er geeignet erscheine, eine höhere Dienststellung zu bekleiden. Wenn Betz nun trotzdem die Beförderung zum Oberstleutnant versagt blieb, die seinen Kameraden bei gleicher Beurteilung zu teil wurde, so waren die Gründe nicht mangelnde dienstliche Geeignetheit.

Beim OKW war die Einstellung des Major Betz zu der damaligen Staatsführung durch seine Bestrafung bekannt. Es wurde sogar die Ahndung seiner Äußerungen über Hitler durch den Wehrichtschafts-Inspekteur, General Lohmann, als zu milde gerügt und eine strengere Bestrafung verlangt; diese ist allerdings unterblieben, weil Betz den verhängten Stubenarrest bereits verbüßt hatte.

Im März 1943 wurde Major Betz von der Rüstungs-Inspektion XII zum Wehkreis-kommando XII versetzt und aus dieser Stellung am 30.9.1944 durch Erlaß des OKW pensioniert. Hierbei dürfte nach meiner Überzeugung nicht das Alter der tiefere Grund gewesen sein, vielmehr die bekannte politische Einstellung des Major Betz eine entscheidende Rolle gespielt haben.

Major Betz hat in all den Jahren seine antinationalistische Einstellung nie verleugnet, wenn er es auch unterlassen mußte, Dritte in Einzelheiten seiner Widerstandstätigkeit Einblick zu gewähren. Das mußte Betz schon aus Rücksicht und aus Sicherheitsgründen für seine Vorgesetzten und Kameraden unterlassen.

Otto Ludwig

ehem. Major d.Res z.V.

Institut für Zeitgeschichte

Dr. Erich Müssel
Oberst a. D.

Wiesbaden, den 3. Mai 1954.
Adolfsberg 2
Fernruf 25709

12)

Herr Major a. D. Otto B e t z war mir als Leiter der Zentralabteilung der Wehrwirtschaftsinspektion XII vom Januar 1937 bis zu meiner Versetzung Anfang Juni 1940 unterstellt. Bei den terminmäßig einzureichenden Beurteilungen musste seitens des beurteilenden Vorgesetzten zu der Einstellung des beurteilten Offiziers zum Nationalsozialismus Stellung genommen werden. Ich kann mich genau entsinnen, dass ich bei der Beurteilung des damaligen Hauptmann B e t z anlässlich seiner bevorstehenden Beförderung zum Major schwere Bedenken gehabt habe, mich zu diesem Punkt positiv zu äussern. B e t z war mir aus häufigen Unterhaltungen über seine frühere Tätigkeit in der Abwehr gegen die Lostrennung der Pfalz zwar als gerader, aufrichtiger und streng national denkender Mensch, aber auch als fanatischer Gegner des Nationalsozialismus bekannt geworden. Wenn ich selbst meine damaligen Bedenken zurückgestellt habe und B e t z infolgedessen terminmäßig befördert wurde, so bin ich doch überzeugt davon, dass seine spätere Nichtbeförderung zum Oberstleutnant eine Folge des gegen ihn inzwischen eingeleiteten Verfahrens wegen Verstosses gegen das Heimtückegesetz gewesen ist. Wegen seiner dienstlichen Leistungen wäre B e t z meiner Auffassung nach andernfalls ebenso zum Oberstleutnant befördert worden wie seine gleichaltrigen Kameraden.

Ich bemerke, dass ich selbst Nichtbetroffener im Sinne des sog. Befreiungsgesetzes vom März 1946 bin.

E. Müssel

Oberst a. D.

Eidesstattliche Erklärung 13)
=====

Der Unterzeichnete bestätigt Herrn Otto B e t z, wohnhaft in Neckargemünd, Bergstr. 12 an Eides Statt:

1. Herr Otto B e t z hat unter dem damaligen Leiter der Pfalzzentrale, Dr. Ritter von Eberlein in Heidelberg führend und aktiv gearbeitet.
2. Die Pfalzzentrale in Heidelberg war in den Jahren 1923 und 1924 die amtliche bayerische Abwehrstelle, welche die Übergriffe der franz. ^{Landesver-}räterischen Separatisten in der Pfalz aktiv bekämpfte.
3. Die Pfalzzentrale wurde als von den Franzosen erkannte Abwehrstelle im Frühjahr 1924 auf Intervention der französ. Regierung aufgelöst, sie wurde aber dann gefärrnt unter der Firma: "Industriebedarf- und Holzbautenvertriebsgesellschaft m. b. H., Teilhaber: Dr. Ritter von Eberlein und Otto Betz, Neckargemünd," weitergeführt.
4. Die Pfalzzentrale hatte damals auch durch Kuriere wichtige Dienstpost der Bayer. Ministerien in München an pfälzische Dienststelle zu befördern. Auch die damals noch in München bestehenden militär. Dienststellen (Bayer. Wehrkreiskommando) bediente sich der Pfalzzentrale.
5. Die Pfalzzentrale arbeitete in diesen Notzeiten mit allen damals bestehenden politischen Parteien zusammen.

Grafring b. München, 4. Februar 1954

Anton Bilsperger

Oberzollinspektor

Beglaubigte Abschrift .

ZS 1842-48

Dr. P. H e r r l e

Camp 162, 28. I . 1946

B e s t ä t i g u n g . 14)

Ich bestätige hiermit, daß Herr Otto B e t z , Gef. Nr. 938785 aus Wiesbaden im Februar und März 1945 im POW Lager Crew - Hall Nr. 191 wegen seiner antinationalsozialistischen Haltung zum Schutz vor nationalsozialistischen Mitgefangenen vom englischen Lagerkommandanten in Schutzhaft genommen werden mußte.

S t e m p e l :
POW Camp 162
Great Britain

gez.: Dr. H e r r l e

Certified the signature of
Dr. P. Herrle A 379 525

gez.: G V Marshall Srgt
31. Jan 1946 R A M C

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt :
H o r n ü b Radolfzell, den 10. Mai 1953

Das Bürgermeisteramt Horn



Z-1842-40

A b s c h r i f t.

Eidesstattliche Erklärung. 15)

Ich bescheinige hiermit in meiner früheren Eigenschaft als Adjutant der Rüstungsinspektion XII, Wiesbaden, daß der ehemalige Hauptmann (E) Otto Betz in den Februartagen des Jahres 1937 nach Berlin zum Kriegsministerium befohlen wurde.

Soweit ich noch in Erinnerung habe, handelte es sich um eine Vernehmung durch Admiral Canaris in Sachen des Generalobersten Frh. von Fritsch.

Einzelheiten hierüber sind mir nicht bekannt.

Wiesbaden, den 19. 7. 1953.

gez.: Willi K i e f e r
Oberstleutnant a.D.